

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/011(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 07.04.2005	Plenarsaal des Landtages	14:00Uhr	21:10Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 10 (IV). Sitzung vom 10.03.2005
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Entscheidung des Stadtrates im Rechtsstreit bezüglich der Schulentwicklungsplanung
- 6 Anfragen an die Verwaltung

- 7 Beschlussfassung durch den Stadtrat
- 7.1 Ausbau des Internet-Portals Region Magdeburg - Gemeinsame Nutzung elektronischer Dienste für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung durch die Region Magdeburg DS0153/05
BE: Oberbürgermeister
- 7.2 Übertragung einer Kindertageseinrichtung in freie Trägerschaft "Die Brücke Magdeburg" e. V. DS0863/04
BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 7.3 Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0009/05
BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 7.3.1 Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg DS0009/05/1
- 7.4 Straßename DS0875/04
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7.5 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Brenneckestraße - ZENIT) DS0025/05
Behandlung der Anregungen und Hinweise
BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7.6 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Brenneckestraße - ZENIT) DS0026/05
Feststellungsbeschluss
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7.7 Verlängerung der Befristung der Stellplatzablösesatzung DS0027/05
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
- 7.7.1 Verlängerung der Befristung der Stellplatzablösesatzung DS0027/05/1

- | | | |
|--------|--|------------|
| 7.8 | Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | DS0028/05 |
| 7.9 | Kaserne Mark - Rücknahme der aufschiebenden Wirkung des Punktes 2 des Beschlusses Nr. 4044-86(III)04 | DS0186/05 |
| 8 | Übergabe der Ehrennadel des Ministerpräsidenten durch den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes an zwei Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg - 17.00 Uhr | |
| 9 | Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.30 Uhr und 18.00 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch. | |
| 10 | Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge | |
| 10.1 | Errichtung eines Kreisverkehrs

Fraktion BfM/Tierschutz
WV v. 13.01.2005 | A0185/04 |
| 10.1.1 | Errichtung eines Kreisverkehrs | S0021/05 |
| 10.1.2 | Errichtung eines Kreisverkehrs | A0185/04/2 |
| 10.2 | Umgang mit toten Kleintieren

CDU - Fraktion, Fraktion BfM/Tierschutz | A0040/05 |
| 10.3 | Suche nach einer "Bastelhalle"

Fraktion future! - die jugendpartei | A0044/05 |
| 10.4 | Schaffung weiterer legaler Graffitiflächen

Fraktion future! - die jugendpartei | A0045/05 |
| 10.5 | Weiterverwendung der "Ersatzspielstätte"

Fraktion BfM/Tierschutz | A0046/05 |

10.6	Preis der LHS Magdeburg für akademische Arbeiten zur Stadtgeschichte FDP - Fraktion	A0047/05
10.7	Aktion zur Selbsthilfe für Arbeitssuchende über 50 SPD - Fraktion	A0048/05
10.8	Verringerung des Autoverkehrs im Stadtpark SPD - Fraktion	A0049/05
10.9	Lessingplatz Fraktion BfM/Tierschutz	A0050/05
10.10	Parkplätze Schönebecker Str. Jana Bork, PDS - Fraktion	A0051/05
10.11	Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des "Stadtumbauprogramms" Bernd Krause, Gerald Grünert PDS - Fraktion	A0054/05
10.11.1	Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des "Stadtumbauprogramms"	A0054/05/1
10.12	Innerstädtische Entwicklung stärken Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0055/05
10.13	Tierheim-Neubau Interfraktionell	A0056/05
10.13.1	Tierheim-Neubau	A0056/05/1
10.14	Anbindung des Wasserstraßenkreuzes an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Landeshauptstadt Magdeburg FDP - Fraktion	A0057/05
10.14.1	Anbindung des Wasserstraßenkreuzes an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Landeshauptstadt Magdeburg	A0057/05/1

10.15	B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln CDU - Fraktion	A0058/05
10.16	Sanierung der Straße Lindenplan CDU - Fraktion	A0059/05
10.17	Förderung von Einzelhändlern CDU - Fraktion	A0060/05
10.18	Vorziehen der Variantenuntersuchung zur Struktur der Freiwilligen Feuerwehr in Olventstedt/ Diesdorf	A0061/05
10.19	AG Theater PDS-Fraktion	A0062/05
11	Informationsvorlagen	
11.1	Hartz IV - Steuerliche Behandlung der ARGE GmbH und der Stadt	I0016/05
11.2	Bericht über kommunale arbeitsmarktpolitische Ergebnisse per 31.12.2004	I0029/05
11.3	Sachstand Konzept Bürgerhaus/Nachbarschaftszentrum Salbke - Westerhüsen	I0032/05
11.4	Information über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln per 31.12.2004	I0041/05
11.5	Errichtung von Packstationen im Stadtgebiet	I0050/05
11.6	60. Jahrestag der Befreiung der Stadt Magdeburg	I0074/05
11.7	Neubau - Tierheim	I0087/05

11.8	Information zur überregionalen Bewerbung "Magdeburg 12hundert" im Jahr 2005	I0088/05
11.9	Sanierung und Nachnutzung der Feuerwache Buckau	I0076/05
11.10	Sanierung und Verbesserung der bedarfsgerechten Nutzung des Literaturhauses, Thiemstr. 7, 39104 Magdeburg Landesinitiative UBAN 21 Magdeburg-Buckau	I0083/05
	Nichtöffentliche Sitzung	
12	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
12.1	Übernahme von Bürgschaften BE. Bürgermeister	DS0874/04
12.2	Kreditermächtigung BE: Bürgermeister	DS0044/05
12.3	Ankauf von Grundstücken BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0109/05

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 11. (IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	46	“	“
maximal anwesend	52	“	“
entschuldigt	5	“	“

Auf Antrag der PDS-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 396-11(IV)05

An der 33. Ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 31. Mai bis 2. Juni 2005 nehmen als Gäste Stadtrat Hans-Werner Brüning und Stadträtin Regina Frömert teil.

Auf Antrag der SPD-Fraktion nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 397-11(IV)05

Frau Andrea Schmidt wird zum 1. April 2005 ihre Funktion als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss Bildung, Schule und Sport niederlegen. Herr Jens Rösler, wohnhaft in 39114 Magdeburg, Herrenkrugstraße 8, wird die Funktion als sachkundiger Einwohner im Ausschuss Bildung, Schule und Sport übernehmen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Änderungen bzw. Ergänzungen zur Tagesordnung der 11. (IV) Sitzung des Stadtrates am 11.04.05

1. Erweiterung der TO

Antrag des Oberbürgermeisters

DS0186/05

Kaserne Mark – Rücknahme der aufschiebenden Wirkung des Punktes 2 des Beschlusses Nr. 4044-86(III)04 zur DS0326/04

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 7.9**

Anträge von Fraktionen

A0061/05 - interfraktionell

Variantenuntersuchung zur Struktur der Freiwilligen Feuerwehr in Olvenstedt/Diesdorf

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 10.18**

A0062/05 – PDS-Fraktion

AG Theater

(Abstimmung: 2/3 Mehrheit) als **TOP 10.19**

2. Informationen

Es liegen zusätzlich die Informationen

I0087/05 – als TOP 11.7

I0088/05 – als TOP 11.8

I0076/05 – als TOP 11.9

I0083/05 – als TOP 11.10

vor.

3. Hinweise

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg kündigt an, dass er die Vertagung des TOP 12.3 – DS 0109/05 beantragen wird.

Die Tagesordnung wird vom Stadtrat **einstimmig** bestätigt.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 10 (IV). Sitzung vom 10.03.2005
-

Redaktioneller Änderungen der PDS-Fraktion:

Auf der Seite 9 muss es im 10. Absatz richtig heißen:

..... des Stadtschulelternrates

Auf der Seite 56 muss unter TOP 8.5 das Abstimmungsergebnis richtig lauten:

...**beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Redaktionelle Änderung der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 70 ist im letzten Absatz nach „Vorsitzende“ einzufügen:

Stadtrat Czogalla

Das geänderte Beschlussprotokoll der 11. (IV) Sitzung des Stadtrates am 10.03.2005 wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen bestätigt.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

5. Entscheidung des Stadtrates im Rechtsstreit bezüglich der Schulentwicklungsplanung
-

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legt seinen Standpunkt zur Thematik dar und sieht den Stadtratsvorstand in der Pflicht, einen entsprechenden Antrag zu formulieren.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning bringt einen Antrag ein und begründet ihn.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern begründet die Ablehnung des Antrages des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion, durch seine Fraktion.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper stellt klar, dass es sich bei der zur Beschlussfassung anstehenden Problematik um einen Rechtsstreit zwischen dem Stadtrat und dem Landesverwaltungsamt in Sachen Reichelschule handelt. Bezüglich der Ausführungen des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, merkt er an, dass damit trotzdem die Kompetenzen des Stadtrates zu Fragen der Schulentwicklungsplanung unter Beachtung der entsprechenden Gesetzesgrundlagen gewahrt sind.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westpahl begründet abschließend das Erfordernis einer Einstellung des Verfahrens.

Auf Antrag des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 398-11(IV)05

Die Klage gegen das Landesverwaltungsamt in der Angelegenheit der Reichelschule wird nicht weiter verfolgt.

Das Rechtsanwaltsbüro ist darüber sofort zu informieren.

6. Anfragen an die Verwaltung

6.1 Schriftliche Anfrage (F0101/05) des Stadtrates Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nach meiner Kenntnis wurde der Stadtführer für behinderte Menschen das letzte Mal Ende 2001/Anfang 2002 als Broschüre aufgelegt und veröffentlicht.

Seit dieser Zeit haben sich, wie sich auch den Berichten des Behindertenbeauftragten zu entnehmen ist, eine Reihe von öffentlich zu dokumentierenden Veränderungen in Magdeburg bei der barrierefreien Gestaltung vollzogen. Mit dem Beitritt zur „Erklärung von Barcelona“ wird Magdeburg aus behindertenpolitischer Sicht und der damit verbundenen barrierefreien Gestaltung in vielfältigen Bereichen in touristischer kultureller Hinsicht für behinderte und nicht behinderte Menschen zunehmend zu einem Anziehungspunkt. Das wird verstärkt durch eine Vielzahl von Veranstaltungen im Rahmen des 1200jährigen Jubiläums von Magdeburg.

Ich frage Sie:

1. Wann ist geplant, die neuen Gegebenheiten für behinderte Menschen Magdeburgs und seine behinderten und nicht behinderten Gäste in einem Stadtführer für behinderte Menschen attraktiv und handhabbar öffentlich zu dokumentieren?

2. Welche Kräfte können gewonnen werden, damit eine aktualisierte Ausgabe in Broschürenform schnellstmöglich erstellt und in die Öffentlichkeit gebracht werden kann?
3. Wie hoch waren Auflagenhöhe und die bisherigen Kosten von bis dato aufgelegten Behindertenführern? Wie hoch wären heute bei vergleichbarer Auflagenhöhe die Kosten zu erwarten?
4. Liegen vergleichbare Materialien zu Kosten, Auflagenhöhe, Qualität und Gestaltungsart aus anderen Kommunen vor bzw. wurde ein solcher Vergleich schon einmal angestellt?
5. Welche Möglichkeiten bzw. technischen, finanziellen und personellen Probleme sehen Sie, um einen entsprechenden aktuellen Stadtführer für behinderte Menschen als Internetversion zu erstellen, auf den auch relativ einfach zugegriffen werden kann?

Ich bitte um eine kurze mündliche und schriftliche Antwort.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Im März ist der aktuelle Führer für Senioren und Behinderte in einer Auflage von 9.000 Exemplaren erschienen, finanziert durch Werbemittel. Den Behindertenführer den Sie meinen, von 2002, der sowohl ins Internet eingestellt wurde, als auch in Papierform veröffentlicht wurde, haben wir nach Absprache mit Herrn Pischner jetzt nicht noch einmal in Papierform fortgeschrieben. Im Internet wird er fortgeschrieben. Das macht Herr Pischner. Für die Papierform haben wir gegenwärtig keine Mittel im Haushalt. Sponsoren dafür zu finden war auch nicht möglich. Insofern ist diese Broschüre ein teilweiser Ersatz. Der Rest ist über das Internet abrufbar. Inwieweit wir andere Sponsoren, beispielsweise in Zusammenarbeit mit der MMKT, rekrutieren können, wäre zu prüfen. Aber ich denke, im Moment sind die Informationen im Internet immer auf dem aktuellen Stand, speziell für Behinderte und in Papierform sind sie teilweise hierüber abrufbar. Der alte Behindertenführer hatte ja eine Auflage von 2.000 Stück. Ich weiß nicht, ob noch Exemplare vorhanden sind. Auf jeden Fall ist er nicht völlig weggefallen, sondern wir aktualisieren in dem Rahmen, in dem es möglich ist. Und diese Fassung ist vorrätig.

Nachfrage:

Ich kann dem auch zustimmen. Ich weiß, dass dieser Führer erschienen ist. Interessant wäre, wenn man einen Neuen auflegt, ob es möglich wäre, vor allem einen touristischen Wegweiser für Behinderte zur Verkehrssituation für Auswärtige zu machen. Das wäre noch vielleicht eine Überlegung wert.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Das ist durchaus eine Überlegung wert, zusammen mit der MMKT und dem Dezernat III diesen dann zu entwickeln.

6.2 Schriftliche Anfrage (F0106/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

in den vergangenen Jahren hat sich im Bereich der Alten Elbe zwischen dem Wasserfall und der alten Eisenbahnbrücke in den Sommermonaten bei niedrigem Wasserstand der Elbe auf den Sandbänken ein "unorganisiertes Strandleben" entwickelt.

Dabei ist es teilweise zu erheblichen nächtlichen Lärmbelästigungen für die angrenzenden Bewohner in Cracau gekommen.

Ich frage deshalb an:

- Ist der Stadt dieser Zustand bekannt?
- Mit welchen Maßnahmen wird die Stadt eventuell einem Vandalismus in diesem Bereich und einer Verunreinigung der Sandbänke begegnen?

Ich bitte um eine ausführliche schriftliche Antwort.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Ich will grundsätzlich sagen, wenn wir solche Probleme diskutieren, dann muss man natürlich feststellen, dass es sehr viele Punkte in dieser Stadt gibt, wo wir es mit dem Problem des Vandalismus, mit Lärmbelästigung usw. zu tun haben. Problem des Ordnungsdienstes ist in der Tat, dass wir diese vielfältigen Anforderungen auch abdecken sollen. Nur, wir müssen uns dann, verstehen Sie das bitte als Grundsatzbemerkung, irgendwann einmal, und da sind wir gerade mit dem Kommunal- und Rechtsausschuss auf einem sehr guten Weg, auf ordnungspolitische Schwerpunkte konzentrieren. Alles geht eben nicht. Ich kann nicht für die Durchsetzung des Leinenzwanges, der Beseitigung von Hundekot, bei „Brummis“ in Wohngebieten, unorganisiertem Strandleben bzw. überall, wo jemand Dreck macht, wo Lärm gemacht wird, einen Vollzugsbeamten daneben stellen. Das werden wir nicht schaffen. Ich sage das nicht, weil ich das Problem von mir wegschieben will, sondern einfach, um für Verständnis zu bitten, dass wir uns auf Schwerpunkte konzentrieren müssen. Bis dato war das unorganisierte Strandleben in diesem Bereich kein Schwerpunkt ordnungspolitischer Tätigkeit. Ich habe mich auch noch einmal vergewissert, ob es Anzeigen gegeben hat, die über die Hotline des SOD eingegangen sind. Es ist mir gesagt worden, aktuell nein. Wir haben bei der Polizei nachgefragt: Gibt es Anzeigen zu aktuellen Problemen oder aus der Vergangenheit? Nein. An der Stelle kann ich nur sagen, meine Bitte auch noch einmal an die Bürger ist, wenn es konkrete Sachverhalte gibt die Hotline des Ordnungsdienstes zu nutzen. Sie ist erreichbar unter der Woche und es gibt die Polizei, mit der ist abgesprochen, dass sie natürlich auch solche Dinge annimmt und gegebenenfalls tätig wird. In dem Sinne kann ich sagen, wir werden die Situation weiter beobachten. Bislang war unorganisiertes Strandleben in der Landeshauptstadt jedoch noch kein Thema.

6.3 Schriftliche Anfrage (F0110/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

mit dem Änderungsantrag DS0639/04/6 [Beschluss-Nr. 277-7(IV)04] zum Haushaltsentwurf 2005 beauftragte Sie der Stadtrat mit der Vorlage eines Konzeptes zur Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit bis zum März 2005. Ziel war es vor allem Möglichkeiten zu ermitteln, welche zu Einsparungen von Haushaltsmitteln führen. Die geforderte Unterlage liegt bis heute nicht vor.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wann wird dem Stadtrat dieses Konzept gemäß Stadtratsbeschluss voraussichtlich ausgehändigt werden?
2. Worin liegt die Verzögerung bei der Umsetzung dieses Beschlusses durch die Verwaltung begründet?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Herr Stadtrat Stern, vom Grundsatz ist Ihre Frage völlig berechtigt. Das Konzept liegt nicht vor. Sie wissen aber auch, dass in der nächsten Woche, am 14. und 15. April, hier im Landtag über das Stadtumlandgesetz, das Kommunalneugliederungsgesetz entschieden wird. Im Vorfeld des Gesetzes gab es reihenweise Diskussionsveranstaltungen und jeder hat seine Position deutlich gemacht. Zu dem was Sie jetzt hier gefordert haben, wird es wieder Gespräche geben. Es gibt auch jetzt Gespräche, aber es gibt keine Vereinbarung. Ich will aber ein Beispiel nennen, wie das im Moment abläuft. Es gibt ja die Regionale Planungsgemeinschaft mit dem regionalen Management, das wir gemeinsam beauftragt haben. Hier ist heute ein Schreiben vom Landkreis Schönebeck eingegangen, dass er sich daran nicht mehr beteiligen wird. Sie finden eine Beteiligung für nicht mehr sinnvoll. Wenn die neuen Kreisgrenzen kommen, macht auch die Regionale Planungsgemeinschaft keinen Sinn mehr. Die Landkreise haben jetzt schon geschrieben, sie finanzieren das nicht mehr mit. Das ist ein Beispiel für regionale Zusammenarbeit in der Region Magdeburg.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.4 Schriftliche Anfrage (F0108/05) des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

durch die Stadt wurden zahlreiche Anwohnerparkplätze ausgewiesen. Zunehmend ist festzustellen, dass die entsprechend ausgewiesenen Parkflächen häufig nicht bzw. nur in einem geringen Maße genutzt werden.

Beispielgebend sei die Umgebung des Neuen Rathauses genannt.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wie viele Anwohnerparkplätze wurden durch die Landeshauptstadt ausgewiesen?
2. Wie ist der Auslastungsgrad der einzelnen ausgewiesenen Parkflächen anhand der aktuell ausgegebenen Anwohnerparkausweise?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitten wir um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Es gibt in der Stadt Magdeburg 12 Anwohnerparkgebiete, die wir entsprechend den Beschlüssen ausgewiesen haben. Einige davon sind auch zeitlich begrenzt für die Öffentlichkeit nutzbar, wie z. B. die Hegelstraße, zum Teil die Leibnizstraße und die Keplerstraße. Es werden in der Tat immer mehr Anwohnerparkkarten ausgegeben, als Plätze vorhanden sind. Ich werde Ihren speziellen Hinweis zum Rathaus noch einmal zum Anlass nehmen, ob sich das eventuell auf die Anwohnerparkgebiete Weitlingstraße oder südlicher Markt auswirkt, ansonsten könnte man dieses Gebiet in der Tat aufheben.

6.5 Schriftliche Anfrage (F0104/05) des Stadtrates Lischka, SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wer eine öffentliche Straße nicht nur für verkehrliche Zwecke, sondern auch für eigene Interessen oder gewerbliche Aktivitäten in Anspruch nimmt, benötigt hierfür nach dem Straßengesetz LSA eine Sondernutzungserlaubnis. Dies gilt beispielsweise für das Verteilen und Anbringen von Hand- und Werbezetteln an abgestellten Fahrzeugen.

Bereits seit Monaten werden jeden Tag einige Hundert Kärtchen an Fahrzeugen im gesamten Magdeburger Stadtgebiet angebracht, auf denen unterschiedliche KFZ - Firmen unter Angabe ihrer Adresse und Kommunikationsverbindung mit einem Ankauf des jeweiligen PKW's für den Export werben. In der Vergangenheit dürften bereits einige zehntausend Kärtchen im Stadtgebiet

verteilt worden sein. Da viele KFZ-Besitzer inzwischen Dutzende derartiger Kärtchen an ihrem Fahrzeug vorgefunden haben, werden zahlreiche Kärtchen entnervt fortgeworfen und liegen oft tagelang in den entsprechenden Strassen. Dieses Liegenlassen über mehrere Tage wird insbesondere dadurch begünstigt, dass viele Kärtchen eine spezielle Kunststoffummantelung aufweisen, die sie gegen Witterungseinflüsse schützen.

Hieraus ergeben sich für mich folgende Fragen:

1. Hat die Stadtverwaltung in der Vergangenheit Sondernutzungserlaubnisse für das Verteilen der Werbekärtchen erteilt?
2. Wenn nein, welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um gegen das inzwischen massenhafte Verteilen dieser Kärtchen vorzugehen? Immerhin sind die Adressen und Telefonnummern der betroffenen Unternehmen auf Grund ihrer Werbung bekannt.

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Wirtschaft und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Nach meiner Kenntnis, wir würden das aber noch einmal vertiefen, ist es nicht richtig, dass das Straßengesetz das für sondererlaubnispflichtig erklärt. Bei kleineren Handzetteln, wo ich mich also im Prinzip im öffentlichen Straßenraum bewege wie ein Fußgänger und dabei solche Handzettel und andere Werbematerialien verteile, handle ich im Rahmen des üblichen Gemeingebrauchs, wie das Straßenrecht sagt. Deshalb gehe ich auch davon aus, dass entsprechende Erlaubnisse nicht erteilt worden sind, weil sie gar nicht erteilt werden müssen. Aber ich bin gern bereit, vielleicht können wir dazu auch noch einmal konkret auf die Sachverhalte eingehen, das noch einmal gemeinsam mit der Straßenverkehrsbehörde zu überprüfen.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Wenn mich jemand hier so spontan zu diesem Sachverhalt gefragt hätte, hätte ich gesagt, nein, wir erteilen keine Sondernutzungserlaubnisse dafür. Das ist jedoch nicht der Fall, wir machen das. Wir haben 30 Sondernutzungserlaubnisse für solche Kärtchenaktion erteilt. Das Ordnungsamt ist auch bemüht, das entsprechend zu kontrollieren. Aber das ist natürlich schwer durchsetzbar und hier weiß man auch kein Patentrezept, weil, wie Sie richtig schreiben, die Menschen es erst nehmen und es dann zum Teil gleich wegwerfen.

6.6 Schriftliche Anfrage (F0104/05) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

In der vorigen Stadtratssitzung am 10. März 2005 hat Herr Gert Sommerfeld, Stadtführer im Ehrenamt, im Rahmen der Einwohnerfragestunde darauf hingewiesen, dass die Stadt Magdeburg in diesem Jahr zwar ihr 1.200-jähriges Bestehen feiert, dies jedoch für auswärtige Bürger/innen optisch nicht so recht wahrnehmbar ist. Dies betrifft sowohl diejenigen, die mit dem PKW kommen, als auch die, die mit der Bahn anreisen. Weder an den Bahnhöfen, noch an den Ortseingängen der Stadt existierte diesbezüglich bislang entsprechende Hinweise.

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben diese Fragen damals aufgenommen und wollten klären, inwieweit sich da etwas organisieren läßt.

Da nun bereits ein Monat vergangen ist und in einem Monat, nämlich am 7.Mai, auch die Verleihung des Kaiser-Otto-Preises stattfindet, an der zahlreiche Gäste aus Berlin und anderen Teilen des Landes teilnehmen, stellen wir die Anfrage:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand der optischen Sichtbarmachung des Stadtjubiläums für auswärtige Besucher/innen ?
2. Welche konkreten Maßnahmen sind bereits in Planung ?

Wir bitten um kurze mündliche und ggf. ergänzende schriftliche Beantwortung der Anfragen.

Antwort des Beigeordneten für Wirtschaft, Tourismus und regionaler Zusammenarbeit Herrn Dr. Puchta:

In der Zwischenzeit hat die Arbeitsgruppe Marketing getagt und es sind eine Reihe einzelner Maßnahmen geplant. Die MMKT hat mit der Deutschen Bahn einen Vertrag geschlossen, der jetzt wirksam wird. Es wird demnächst in den Ansagen auf dem Bahnhof immer der Hinweis auf die 1200-Jahr-Feier gegeben. Durch das City Carré wird man diesen Hinweis optisch auch in Größenordnungen entsprechend anbringen. Sowohl ÖSA als auch City Carré werden das mit entsprechenden Fahnen am Bahnhofsvorplatz sichtbar machen. Zuzüglich gibt es eine Kampagne, die die gesamte Ernst-Reuter-Allee und Teile des Breiten Weges betreffen, wo an den Strommasten der MVB entsprechende Banner angebracht werden, so dass also auch ein Besucher von der Seite, wenn er dort hereinkommt sieht, auf das Jubiläum hingewiesen wird. Zu den Straßeneingängen: Hinweise an einer Autobahn sind immer kompliziert. Das wissen Sie. Das haben wir auch beim Wasserstraßenkreuz schon gehabt. Das Museum wird die Messtafeln umnutzen. An der Autobahn stehen Hinweise auf die Messe und diese werden wir in diesem Jahr für die Werbung der Ausstellung nutzen. Wir werden die elektronischen Anzeigen umpolen. Das ist mit dem Tiefbauamt entsprechend abgestimmt. Das sind insgesamt am Magdeburger Ring zwei Stück, sowie an der Berliner Chaussee, Kümmlersberg, Ebendorfer Chaussee und August-Bebel-Damm. Hier wird dann draufstehen „Herzlich willkommen, Magdeburg feiert 1200 Jahre“. Und wir werden Großflächenplakate, also solche Plakate, die wir im Moment nutzen, um auch dann in anderen Städten zu werben, an den Stadteingängen an den Großflächen nutzen und dann das Jahr über hängen lassen, sodass man hier sieht, man fährt in die Stadt, in der das Stadtjubiläum gefeiert wird. Wir prüfen im Moment noch, inwieweit wir die Brücken über den Magdeburger Ring, zumindest zwei davon, nutzen können, um dort auch über das Jahr hinweg ein entsprechendes Banner anzubringen.

6.7 Schriftliche Anfrage (F0109/05) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Nach der Beschlußfassung des Stadtrates zur Regulierung des strukturierten Defizits im Dezember 2004 und Januar 2005, die Theaterleitung beauftragte, geeignete Maßnahmen zur Personalkostenreduzierung zu veranlassen, sind fast 3 Monate vergangen. Bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen sollten Kündigungen das letzte Mittel darstellen.

Die Theaterleitung hat dann auch immer wieder betont, das ein Haustarifvertrag im Bereich des Orchesters (Tarif: TVK) angestrebt wird.

Da in die Haustarifvertragsverhandlungen mehrere Tarifpartner, wie der Deutsche Bühnenverein und die Deutsche Orchestervereinigung miteinbezogen werden müssen, war sicher ein gewisser zeitlicher Verzug gegeben, um zu Ergebnissen zu kommen.

Wir fragen deshalb an:

1. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zum Haustarifvertrag für den Bereich des Orchesters? Gibt es erste Ergebnisse und wie sehen diese konkret aus?
2. Wieso wurden, trotz Präferenzierung des Haustarifvertrages, im März 2005 sechs weitere betriebsbedingte Kündigungen am Bereich BAT/BMTG mit Antrag auf Zustimmung von der Theaterleitung ausgesprochen?
3. Hat der baldige Abschluss eines Haustarifvertrages Auswirkungen auf die jüngst ausgesprochenen betriebsbedingten Kündigungen?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfragen !

Die Antwort erfolgt im Zusammenhang mit der Beratung zum TOP 10.19 – Antrag A0062/05.

6.8 Schriftliche Anfrage (F0119/05) der Stadträte Müller, PDS-, Seifert,- CDU- und Löhr, SPD-Fraktion:

Die Gemeinwesenarbeitsgruppe Sudenburg/ Lemsdorf engagiert sich naturgemäß sehr für die unmittelbaren Belange aller EinwohnerInnen in ihrem Umfeld. Gleichwohl verstehen sich die in diesem Gremium aktiv mitarbeitenden Stadträte der einzelnen Fraktionen auch als einen „direkten Draht“ zur Stadtverwaltung und sehen es als ihre Aufgabe an, aktuelle Fragen und Probleme entsprechend aufzugreifen.

In diesem Zusammenhang bereitet die Parksituation entlang der Halberstädter Straße zwischen Eiskellerplatz und Südring, insbesondere im Bereich der in einem Papierwarengeschäft integrierten Poststelle tagtäglich Probleme und erzeugt allgemeinen Unmut. Aufgrund ihrer autoverkehrstechnisch ungünstigen Erreichbarkeit und der wenigen Parkmöglichkeiten – es existiert leider nicht einmal ein Behindertenparkplatz! – in unmittelbarer Nähe ist es zur Unsitte geworden, direkt auf der Halberstädter Straße, einer stark frequentierten Hauptverkehrsader, zu parken und dadurch den übrigen Verkehrsfluss sowohl den Fuß-, Fahrrad- und Straßen(bahn)verkehr zu gefährden.

Wohlwissend, dass in nicht allzu weiter Ferne ein öffentlicher Parkplatz auf dem Gelände des ehemaligen Sudenburger Wochenmarktes existiert, wird er so gut wie gar nicht genutzt. Die Gründe dafür liegen zum einen in einer mangelnden Ausschilderung und zum anderen in einer auch schlechten Erreichbarkeit des Parkplatzes selbst, der von der Halberstädter Straße aus leider gleich gar nicht zu erreichen ist. Auch Parkplätze – immerhin von öffentlichen Geldern gebaut – müssen mitunter in geeigneter Weise vermarktet werden.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

Was kann zur Lösung des geschilderten Problems getan werden? Ist es möglich, durch eine zeitnahe Verbesserung der Beschilderung eine bessere Auslastung des Parkplatzes zu erreichen und die problematische Parksituation vor der Poststelle zu entschärfen? Erscheint es denkbar, dass die Prüfung der Öffnung der Parkplatzzufahrt direkt von der Halberstädter Straße aus und deren mögliche Umsetzung, ebenfalls zur Entschärfung der Parksituation beitragen könnte? Was denkt die Verwaltung über die Schaffung bzw. Ausweisung eines Behindertenparkplatzes mglw. im Rahmen der bereits vorhandenen Stellplätze im Gehwegbereich in unmittelbarer Nähe der Poststelle?

Wir bitten um kurze mündliche Stellungnahme und eine schriftliche Antwort.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.9 Schriftliche Anfrage (F0118/05) der Stadträte Müller, PDS-, Seifert, CDU- und Löhr, SPD-Fraktion:

Die Gemeinwesenarbeitsgruppe Sudenburg/ Lemsdorf engagiert sich naturgemäß sehr für die unmittelbaren Belange aller EinwohnerInnen in ihrem Umfeld. Gleichwohl verstehen sich die in diesem Gremium aktiv mitarbeitenden Stadträte der einzelnen Fraktionen auch als einen „direkten Draht“ zur Stadtverwaltung und sehen es als ihre Aufgabe an, aktuelle Fragen und Probleme entsprechend aufzugreifen.

In diesem Kontext bewegt die aktuelle Entscheidung zur Nicht-Einrichtung eines Bürgerbüros in Sudenburg die Gemüter der EinwohnerInnen und wird entsprechend kontrovers diskutiert. Dabei ist allen Beteiligten noch gut in Erinnerung, dass Sudenburg in einer Zeitungsumfrage zum beliebtesten Stadtviertel gewählt wurde, das gerade aufgrund dieser Beliebtheit auch von einem steten Zuzug gekennzeichnet ist und somit auch schon von daher eine nicht unerhebliche Anzahl von Behördengängen impliziert.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

Was konkret war ausschlaggebend für den Zuschlag gegen Sudenburg? Inwieweit spielten auch Kriterien wie Alters- und Familienstruktur der EinwohnerInnen eine Rolle? Welchen Stellenwert

messen Sie einst geschlossenen und nun als historisch bezeichneten Vertragswerken zur Eingemeindung Sudenburgs bei? Ist der zuständige Beigeordnete für Kommunales, Recht und Umwelt, Herr Platz bereit, der hiermit ausgesprochenen Einladung zur nächsten GWA-Sitzung zu folgen und Stellung zu beziehen?

Wir bitten um kurze mündliche Stellungnahme und eine schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Dr. Trümper:

Sie haben als Stadtrat, ich glaube, vor einem Jahr, ein Konzept beschlossen, wo Bürgerbüros etabliert werden sollen und dabei war bevorzugt der Süden genannt. Der Süden ist jetzt nach langer Diskussion über die Findung des Ortes und der Finanzierung des Büros etabliert. Die Finanzierung ist im Haushalt gar nicht veranschlagt. Hier müssen wir schon wieder Sonderwege finden, um die Finanzierung realisieren zu können. Wir werden nicht die Kraft haben, alle besonders engagierten Stadträte in ihren Stadtteilen mit Bürgerbüros zu bedienen. Das ist nicht machbar. Von Sudenburg aus, um es mal deutlich zu sagen, habe ich kein Problem, in die Mitte zu fahren. Auf der Halberstädter Straße hält alle hundert Meter die Straßenbahn und fährt Sie direkt zum Bürgerbüro Mitte. Da wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit aus meiner Sicht kein eigenes Bürgerbüro geben können. Es sei denn, wir finden alle irgendwo eine Goldader und können das finanzieren.

6.10 Schriftliche Anfrage (F0110/05) des Stadtrates Müller, PDS-Fraktion:

In den letzten Monaten und Wochen war unser Magdeburger Stadtpark bereits mehrfach Thema von Anfragen bzw. Anträgen im Stadtrat. Nicht zuletzt wirft die langersehnte und nun unmittelbar bevorstehende Sternbrückeneröffnung – ein von der PDS seit jeher mit Nachdruck unterstütztes Projekt – auch ihre Schatten voraus. Da vermag nur ein alles weithin überragendes und in seiner momentanen Verhüllung á la Christo möglicherweise ja auch in Korrespondenz zum ebenfalls verhüllten alten Elbebahnstehgebäude stehendes Bauwerk das Ensemble von Sternbrücke und Stadthalle optisch zu stören: der Aussichtsturm.

Dabei ist die angestrenzte Debatte zur nicht unerheblichen Nachfinanzierung des bereits laufenden aber leider wohl immer wieder stockenden Bau- und Sanierungsvorhaben gegen Ende des letzten Jahres sicher noch allen in guter Erinnerung. Umso mehr muss es verwundern, dass sich seither scheinbar nicht viel getan hat und der Aussichtsturm noch immer keusch verhüllt vor sich hindümpelt und sich zum Leidwesen sicherlich aller MagdeburgerInnen und Gäste nicht so recht in den Reigen der sonst so allgegenwärtigen 12hundert Jahrfeierlichkeiten einreihen möchte.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

Wann endlich wird die Sanierung des Aussichtsturmes beendet sein und der Turm wieder der Bevölkerung zur Nutzung übergeben?

Ist der Aussichtsturm bereits vor Beendigung der Sanierung heimlicher Bestandteil des preisgekrönten Magdeburger Beleuchtungskonzeptes oder wieso leuchtet zeitweilig ununterbrochen Tag und Nacht das Licht, obwohl nicht am Turm gearbeitet wird?

Ich bitte um eine kurze mündliche Stellungnahme und eine schriftliche Antwort.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Zum Aussichtsturm selber: Sie wissen, dass wir eigentlich im Mai fertig sein wollten mit dem Turm. Die Sternbrücke, das Gesellschaftshaus und der Aussichtsturm sollten eine Einheit bilden und alles sollte gemeinsam in Betrieb gehen. Das wird beim Turm nicht funktionieren. Ich habe im Dezember die Information bekommen, dass es erhebliche Diskussionen zwischen den Architekten, zwischen dem Hochbauamt, zwischen dem Stadtplanungsamt und zwischen der Denkmalbehörde gibt. Diese werden jetzt irgendwann zu Ende kommen. Ich hoffe jedenfalls, dass dann gebaut werden kann. Mehr kann ich im Moment dazu nichts sagen, aber Sie werden schriftlich noch weitere Informationen dazu bekommen und wahrscheinlich in nächster Zeit auch dazu eine Drucksache, was mit dem Turm im Moment passiert. Mehr weiß ich persönlich auch noch nicht.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.11 Schriftliche Anfrage (F0107/05) des Stadtrates Rink, CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

Die Straße Am Vogelgesang wurde in den letzten Tagen mit künstlichen Hindernissen (Baken und dahintergestellte Quader) versehen und damit verengt. Dabei lag und liegt diese Straße in einer Tempo-30-Zone.

Durch die neuen verkehrsbehindernden Anlagen kommt es bei größerem Verkehrsaufkommen automatisch zu Staus. Aus meiner Sicht war die Installation solcher der Geschwindigkeitsreduzierung dienenden Anlagen an dieser Stelle nicht notwendig.

Daher stelle ich folgende Fragen:

1. Wer hat die Baumaßnahme veranlasst?
2. Wurden die oben beschriebenen Maßnahmen im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorab beraten?
3. Aus welcher Haushaltsstelle wurde dieses Vorhaben finanziert?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung der Anfrage, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky:

Die Maßnahmen resultieren vornehmlich aus Gesprächen, die mit der Leitung des Zoologischen Gartens durchgeführt worden sind, weil die Querungsbedingungen zwischen dem eigentlichen Zoo und dem Wirtschaftshof so kompliziert sind, da niemand Tempo 30 fährt. Das ist ein Problem und aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, diese Maßnahme zur Einhaltung der Tempo-30-Zone an dieser Stelle auch durchzuführen. Das heißt, dass hier eine Gemeinschaftsaktion vom Magdeburger Stadtgartenbetrieb, vom Tiefbauamt und auch vom Zoo selbst durchgeführt worden ist. Die Kübel kamen vom SFM, die Verkehrszeichen vom Tiefbauamt und die Wartung und Pflege wird vom Zoo durchgeführt werden. Nach meinen Erkenntnissen, und nicht nur für diese Querungsbedingungen, sondern auch für die Fußgängerbedingungen haben sich die Sicherheiten dort schon erhöht. Und ich glaube, dass das eine so verkehrte Maßnahme nicht gewesen ist.

6.12 Schriftliche Anfrage (F0117/05) des Stadtrates Balzer, SDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor 8 Jahren war eine Delegation aus Magdeburg unter der Leitung Ihres Amtsvorgängers zu Besuch in Gossensaß in Südtirol, wo sie herzliche Aufnahme fand. Dr. Polte sprach seinerzeit eine Einladung zum Gegenbesuch nach Magdeburg aus, wenn die Stadt ihr 1200jähriges Jubiläum feiert.

Daher ergeben sich folgende Fragen:

1. Wie ist der Stand der Vorbereitung zur Organisation des Gegenbesuchs? Es werden ca. 50 Personen erwartet und die Gossensasser würden gern einen Stand zur Tourismuswerbung aufstellen.
2. Wann wird eine konkrete Einladung an den Gossensasser Bürgermeister erfolgen?
3. Wer ist der verantwortliche Ansprechpartner innerhalb der Stadtverwaltung?

Ich bitte um eine schriftliche Beantwortung der Frage.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.13 Schriftliche Anfrage (F0094/05) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir begrüßen die Aktivitäten der Verwaltung, mit einem neuen Maßnahmenpaket den Kampf gegen illegale Graffiti und Schmierereien in der Landeshauptstadt Magdeburg zu verstärken.

Wir bitten in diesem Zusammenhang um die schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Der Pressemitteilung des Oberbürgermeisters vom 7. März 2005 „Landeshauptstadt verstärkt Kampf gegen illegale Graffiti“ war zu entnehmen, daß dem kommunalen Gebäudemanagement 2005 zur Beseitigung von Graffiti 75 000 € zur Verfügung stehen. „Der Schaden wird vermutlich höher liegen...“, so die PM des OB. Liegen der Stadtverwaltung genaue Zahlen zu den Schäden durch illegale Graffiti an kommunalen Gebäuden aus den Vorjahren vor?
Hinweis: In einem Schreiben der Polizeidirektion Magdeburg an die FDP-Ratsfraktion vom 24. Februar 2005 heißt es:“ Angaben zur Höhe der verursachten Schäden liegen hier nicht vor, da diese in der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht gesondert erfaßt werden. Zudem teilen viele Geschädigte der Polizei die Höhe der ihnen entstandenen Schäden nicht mit. Gesicherte Erkenntnisse zum Dunkelfeld liegen ebenfalls nicht vor, da im Zuständigkeitsbereich bislang keine entsprechenden Forschungen betrieben wurden.“
2. Wer kontrolliert die Umsetzung der Dienstanweisung des OB, nach der illegale Graffiti an öffentlichen Gebäuden umgehend zu beseitigen sind?
3. Wie oft wurden im Wege des Täter-Opfer-Ausgleichs in den letzten drei Jahren illegale Graffiti in Magdeburg entfernt?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.14 Schriftliche Anfrage (F0098/05) des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Mit Interesse haben wir der Pressemitteilung der LHS Magdeburg vom 17. März 2005 „Jugendamt startet Kommunikationsplattform www.graffiti-legal.com“ entnommen, daß im Rahmen des präventiven Teils des neuen Maßnahmenpaketes zum verstärkten Kampf gegen illegale Graffiti das Jugendamt die o. g. Internetseiten zu einer Kommunikationsplattform für die Vermittlung freier Graffiti-Flächen in Magdeburg ausbauen wird. Diese wird begleitet durch eine persönliche Ansprechpartnerin im Jugendamt.

Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang um eine kurze mündliche und um eine detaillierte schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Welche Personal- und Sachkosten entstehen der Stadt für die Einrichtung und Betreuung der Kommunikationsplattform?
2. Wie bewertet die Stadtverwaltung, dass auf Internet-Seiten wie www.farbsucht.de Hunderte illegaler Graffiti aus Magdeburg dokumentiert sind.

Antwort der Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Bröcker:

Die Internetplattform, die das Jugendamt gestartet hat, war ein Beschluss des Stadtrates. Das ist auch Bestandteil der präventiven Arbeit im Rahmen des Jugendamtes, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, legal kreativ tätig zu sein. Die Plattform selbst hat 520 Euro gekostet. Die Mitarbeiterin, die u. a. viele andere Aufgaben hat, hat eben auch die Aufgabe, diese Seite zu pflegen und die Angebote aufzunehmen. Die Kosten dafür kann ich Ihnen nicht genau benennen, weil wir die Stunden, die sie für diese Aufgabe aufwendet, nicht präzise erfassen. Den Zusammenhang zu der Internetseite www.farbsucht.de sehe ich jetzt nicht direkt. Ich habe mir die Internetseite angesehen. Da werden ja alle illegalen Graffitis sozusagen dargestellt, nicht nur von Magdeburg, sondern auch aus anderen Städten. Das zeigt eigentlich nur, wie gut organisiert die Szene ist und wie wichtig es ist, dass die konzertierte Aktion hier seitens der Stadt auch intensiv weiter betrieben wird. Aber ich denke, da gibt es keinen Zusammenhang zu dem präventiven Angebot, was das Jugendamt im Rahmen seiner Jugendarbeit anbietet.

6.15 Schriftliche Anfrage (F0096/05) des Stadtrates Heendorf und der Stadträtin Bork, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie uns aus mehreren Gesprächen bekannt wurde, liegt der Stadt seit Monaten ein Angebot und ein Vertragsentwurf der Landesregierung vor, ein Kompetenzzentrum am Telemann-Konservatorium zu gründen.

Wir fragen Sie:

1. Gibt es von Seiten der Stadt eine Reaktion auf dieses Angebot? Wenn nicht, bitten wir um Begründung, warum bisher nicht auf das Angebot eingegangen wurde!
2. Das Land soll eine Angliederung des Telemannzentrums an die Martin-Luther-Universität Halle in Erwägung ziehen. Welche Auffassung gibt es hierzu seitens des Oberbürgermeisters, Beigeordneten IV der Landeshauptstadt?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch:

Zunächst zu Ihrer Anfrage in der Angelegenheit des Musikalischen Kompetenzzentrums am Konservatorium Georg Philipp Telemann. Die Stadt, da haben Sie Recht, wurde im Spätherbst letzten Jahres von Landesseite angesprochen, ob Interesse besteht. Wir haben daraufhin im Gespräch verabredet, dass wir auf Arbeitsebene, also hier Herr Dr. Keller auf seiten der Landeshauptstadt und Herr Froberg auf Seiten des Kultusministeriums, die weitergehenden Gespräche führen. Zwischenergebnisse lagen Ende Januar diesen Jahres vor. Hierauf haben wir den Herrn Staatssekretär Anfang Februar angeschrieben. Es gab einen weitergehenden Abgleich. Wir sehen uns grundsätzlich auch im Konsens. Das letzte Schreiben liegt 14 Tage zurück, wo wir nochmals deutlich gemacht haben, vorbehaltlich entsprechender Gremienentscheidungen der Stadt zu erfahren, wie das Land sich jetzt abschließend dazu verhält, um dazu die entsprechende Drucksache einzubringen. Wir haben also nicht nur reagiert, wir haben agiert. Die Initiative kam aber vom Kultusministerium.

6.16 Schriftliche Anfrage (F0093/05) des Stadtrates Heendorf und der Stadträtin Bork, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bezüglich der Einbeziehung von Unternehmen in die Feierlichkeiten zum 1200 Jubiläum der Stadt und zum Sachsen-Anhalt Tag haben wir nachfolgende Fragen an Sie:

1. Wie wurden die Aufträge zur Gestaltung der Jubiläumsfeierlichkeiten 1200 und des Sachsen-Anhalt-Tages vergeben? Gab es diesbezüglich Ausschreibungen?
2. Gingen Aufträge an Unternehmen, die nicht aus der Region kommen? Wenn ja, an welche und in welcher Höhe und worauf beruhte die Vergabeentscheidung?
3. Wie wurde der örtliche Einzelhandel, die Gastronomie und ansässige Veranstaltungsunternehmen in die Planung des Stadtjubiläums und des Sachsen-Anhalt-Tages einbezogen? In welcher Form gab es Gespräche bzw. gibt es Vertragsabschlüsse mit örtlich ansässigen Unternehmen? Welchen prozentualen Anteil vom Gesamtvolumen nehmen die Verträge mit ortsansässigen Unternehmen ein?

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

Stadtjubiläum: Wir sind in einer Phase, wo ich um Verständnis bitte, dass das Büro 12hundert jetzt nicht in allen Details, wir haben ja Veranstaltungen am 11. April, 1. Mai, 7. Mai, die jetzt vorbereitet werden müssen, Informationen geben kann. Erst einmal zum Sachsen-Anhalt-Tag: Die Art der Auftragsvergabe richtet sich natürlich, wie Sie wissen, nach dem finanziellen Umfang. Und derzeit sind wir in der Ausschreibungsphase für infrastrukturelle und technische Dienstleistungen, also Bewachung des Geländes bis hin zur Straßenreinigung. Die Ausschreibung der Bühnen wird gemeinsam mit der Staatskanzlei vorbereitet. Der Druck des Plakates sowie die Erstellung und der Druck des Programmheftes erfolgen über die Staatskanzlei.

Die Internetpräsentation wurde mit der KID respektive der Spectrum Wirtschaftswerbung Magdeburg entwickelt. Nahezu alle im unmittelbaren Festgebiet, des Sachsen-Anhalt-Tages, ansässiger Firmen, Läden usw. wurden von Mitarbeitern meines Organisationsbüros beteiligt. Insbesondere mit den ansässigen Gastronomen und der IG Innenstadt wurden Gespräche bezüglich des Caterings auf dem Sachsen-Anhalt-Tag geführt. Die IG Innenstadt hat das Cateringrecht für den Alten Markt beispielsweise erworben. Ich könnte das jetzt fortsetzen, möchte das aber nicht unnötig in die Länge ziehen. Ich könnte Ähnliches ausführen als Zwischenstand aus dem Büro 12hundert. Zu den Merchandisingartikeln lag uns u. a. daran, dass wir eine Bestätigung der beauftragten Firma bekommen, dass die Produkte nicht in Kinderarbeit gefertigt werden. Nur eine Firma hat dieses schriftlich erklärt und die hat auch von uns den Auftrag bekommen. Das war für uns wichtig. Im Übrigen geht es hier auch etwa um Veranstaltungen auf dem Domplatz mit REM usw.. Ich denke, als weltoffene Stadt, die wir sein wollen, gehen wir davon aus, dass diese nicht ausgeschlossen werden dürfen und müssen, sondern dass wir uns freuen, dass REM nach Magdeburg kommt und dass wir uns freuen, dass Gert vom Hof, der nun kein Magdeburger ist, aber hier Wurzeln hat, auch die Lichtillumination in dieser Stadt durchführen wird. Ich bitte aber um Verständnis, dass diese ganzen Details, Ihnen erst nach dem 7. Mai vom Büro 12hundert vorgelegt werden.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.17 Schriftliche Anfrage (F0103/05) des Stadtrates Heendorf und der Stadträtin Bork, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Rahmen der Abstimmung zur Drucksache „Zweitwohnsteuer“ wurde u. a. eine Werbekampagne angekündigt, um die Studenten der Landeshauptstadt rechtzeitig auf die Vorteile der Anmeldung des Hauptwohnsitzes in Magdeburg aufmerksam zu machen. So sollte beispielsweise die Aktion „Mehr Einwohner für Magdeburg“, bei der im Falle der Hauptwohnungsanmeldung die betroffenen Studenten mit maximal 160 Euro auf Antrag unterstützt werden, bereits zum Sommersemester in vielfältiger Form beworben werden. Das Sommersemester begann am Montag.

Deshalb fragen wir Sie, Herr Oberbürgermeister, welche Maßnahmen hat die Verwaltung ergriffen, um die jetzt wie auch bereits vorher immatrikulierten Studenten auf dem Universitäts- und Fachhochschulgelände, in den Bürgerbüros und über entsprechende Medien wie auch das Internet von den Vorteilen der Anmeldung bzw. Ummeldung zum Hauptwohnsitz in Magdeburg zu informieren.

Wir bitten um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

In der Tat setzen wir natürlich bei der Kampagne oder bei der Öffentlichkeitsarbeit, soweit es um die Neuregelungen zum Thema mehr Einwohner für Magdeburg geht, nicht nur und nicht

ausschließlich auf die Volksstimme. Das ist völlig korrekt. Natürlich auch wissend, dass die Studenten sich anderer Informationsmedien bedienen. Wir haben deshalb schon die Drucksache selbst, die am 15. März in der Beigeordnetenrunde des Oberbürgermeisters entschieden wurde im Ratsinformationssystem veröffentlicht. In der Folge kam dann die zweiseitige Medieninformation, auf die Sie bereits Bezug genommen haben. Wir haben darüber hinaus im Erstsemesterheft der Hochschule Magdeburg-Stendal entsprechende Presseartikel mit Hinweisen auf Internetseiten plazierte. Wir haben einen Vor-Ort-Service des Ordnungsamtes am 04.04.05 durchgeführt. Ich war persönlich vor Ort und habe auch persönlich Handzettel an die Studenten verteilt. Mit freundlicher Unterstützung des Amtes 13 wurden Plakate entwickelt, die auch darauf hingewiesen haben. Wir hatten sozusagen ein mobiles Bürgerbüro eingerichtet und haben auch an diesem Tag bereits eine Vielzahl von Ummeldungen vorgenommen und viele Gespräche mit den Studenten geführt. Es wird eine Wiederholung am 21. und 22. April an der Otto-von-Guericke-Universität geben. Wir haben jetzt eine Internetseite eingerichtet unter www.Magdeburg.de und unter „Campus“ kann man sich direkt anklicken. Dort gibt es ein Begrüßungsschreiben des Oberbürgermeisters. Es gibt eine Information, wie das funktioniert und was wir jetzt im Einzelnen anbieten. Wir haben den Hochschulen darüber hinaus noch angeboten, dass wir in den Hochschulzeitungen nochmals spezielle Dinge veröffentlichen. Hierzu gibt es noch keine abschließende Abstimmung. Herr Ehlenberger, der Leiter unseres Bürgerservice und ich werden am 13. April einen Livechat durchführen, bei dem wir für aktuelle Fragen der Studenten zur Verfügung stehen. Hier werden wir auch rechtzeitig die entsprechende Bekanntgabe vornehmen. Das ist aber noch nicht das Ende. Wir wissen, dass wir da noch nachbessern wollen und müssen. Wir haben das auch für das Wintersemester vorgesehen. Da haben wir dann auch noch etwas mehr Zeit, um uns in Ruhe vorzubereiten. Ich denke aber, dass, was wir hier auf die Beine gestellt haben, ist schon eine Menge.

6.18 Schriftliche Anfrage (F0090/05) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

Über ehrenamtliche Helfer im Stadtordnungsdienst ist bereits oft gesprochen worden.

Immer wieder kommt es bei Einsätzen des Stadtordnungsdienstes zu Problemen mit Tierhaltern, die die Mitarbeiter zuweilen überfordern. Unseres Wissens nach gibt es jedoch bei den Tierschutzvereinen unserer Stadt Beratergruppen, die mit sach- und fachlicher Kompetenz ausgestattet sind.

Wir fragen daher:

Sollte nicht einmal geprüft werden, ob Mitarbeiter dieser Beratergruppen für derartige Fälle als freiwillige Helfer des Stadtordnungsdienstes gewonnen werden können?

Wir könnten uns dadurch eine Erleichterung der Arbeit des Stadtordnungsdienstes vorstellen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.19 Schriftliche Anfrage (F0089/05) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

augenscheinlich haben wir uns davon überzeugt, dass sich die Grusonschen Gewächshäuser in einem recht desolaten Zustand darstellen. Nach unserer Ansicht besteht hier Handlungsbedarf, um den Zustand wesentlich zu verbessern. Zu unserem Bedauern ist es uns leider nicht gelungen, in der mittelfristigen Finanzplanung hinsichtlich derartiger Maßnahmen irgendwelche Ansätze zu finden.

Wir fragen daher:

Welche Finanzmittel in welcher Höhe sind seit dem Jahre 2000 für die Gewächshäuser aufgewendet worden?

Welche Mittel sind für die nachfolgenden Jahre hierfür vorgesehen?

Sind die derzeitigen Eintrittspreise trotz des mangelhaften Zustandes noch angemessen?

Letztendlich fragen wir an:

Welche Perspektiven sind für die Gewächshäuser vorgesehen?

Ist an eine Angliederung an den Zoo oder in einen Komplex mit dem Klosterbergegarten und dem Gesellschaftshaus gedacht?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Was Sie gesagt haben, stimmt. Der Blick in den Haushalt sagt die Wahrheit. Und der Blick in die Haushalte der letzten Jahre sagt auch die Wahrheit. Was dort steht, kann man nachlesen, was wir ausgegeben haben. Wir werden auch für andere Maßnahmen im Haushalt nicht viel finden. Wir werden immer weniger finden, was den investiven Haushalt betrifft. Die Frage ist, wo nehmen wir es her. Wenn Sie eine Lösung haben, die Haushaltsberatung geht demnächst los, dann machen wir den Grundsatzbeschluss und sagen Sie als Fraktion, wir sind dafür, das Gewächshaus für 5 Millionen zu sanieren und sagen eine Deckungsquelle, dann machen wir das. Ich habe keine Mittel dafür. Ich weiß nicht, wo wir das Geld dafür hernehmen sollen. Es ist traurig, aber es ist die Wahrheit.

Zur Beratergruppe aus ihrer vorhergehenden Anfrage wäre mein Vorschlag, dass einmal im Tierschutzbeirat zu besprechen, wie man das mit Ihrem Vorschlag kombinieren könnte.

Nachfrage:

Selbstverständlich weiß ich, wie die Finanzlage ist. Aber wir müssen uns, wenn wir uns entschieden haben, die Gewächshäuser zu behalten, doch irgendwie durchringen, sie zu erhalten. Und wir sollten auch, diese Frage haben Sie nicht beantwortet, uns zu den Eintrittspreisen positionieren. Wir haben 30.000 Besucher etwa pro Jahr und ich denke, da ist Handlungsbedarf. Denken sie an andere Kultureinrichtungen. Dort ist überall reguliert worden.

Antwort des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch:

In Kürze noch zu den konkreten Zahlen, die man auch nachlesen kann bis 2002. Zwischen 2000 und 2002 wurden für die Modernisierung des Großen Tropenhauses und des Aquariums im Rahmen der städtebaulichen Sanierung und Entwicklungsmaßnahme Magdeburg-Buckau Mittel in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro investiert. 2003 bis 2004 15.300 Euro, zur Verbesserung der Einlasssituation etc. sind mittelfristig keine Mittel ausgewiesen. Ich denke auch, wir sollten jetzt die Drucksache abwarten, die wir im Betriebsausschuss vordiskutiert haben.

Ich denke an ein Artenschutzzentrum und in Verbindung auch mit der Frage der GmbH-Bildung wird sich auch die Frage der Eintrittsentgelte neu regeln müssen. Ich würde jetzt nicht empfehlen, das in diesem Jahr zu regeln, sondern im Kontext der Diskussion und dann, wenn es so beschlossen werden sollte, der gGmbH zu überlassen. Ich sehe übrigens in der inhaltlichen Ausrichtung zum Artenschutzzentrum, das wir diesebezüglich, soweit ich informiert bin, das Erste und Einzige in Europa sind. Ich halte das mittel- und langfristig für einen außerordentlich interessanten inhaltlichen Weg, der über ein reines Gewächshaus hinausgeht. Im Übrigen ist es eine Stiftung. Da sind wir als Stadt verpflichtet vom Grundsatz her, auch das Gewächshaus zu erhalten.

6.20 Schriftliche Anfrage (F0091/05) des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir fragen an:

Welchen Bearbeitungsstand gegenwärtig die Sanierung des Adolf-Mittags-Sees und der Tauben Elbe aufweist und wie die weiteren Arbeitsschritte vorgesehen sind.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.21 Schriftliche Anfrage (F0115/05) der Stadträtin Meinecke, PDS-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

an vielen Stellen unserer Stadt herrscht rege Bautätigkeit. Dabei ist zu beobachten, dass durch geeignete Maßnahmen fast immer dafür gesorgt wird, dass im Umfeld keine Zerstörungen angerichtet werden. Es gibt Ausnahmen.

Die Steinplatte, die nahe dem Kloster unserer Lieben Frauen daran erinnert, dass an dieser Stelle das „Braune Haus“ stand, liegt völlig ungeschützt da.

Was gedenken Sie zu unternehmen, dass die Gedenktafel bei den restlichen Bauarbeiten nicht beschädigt wird?

Ich bitte um mündliche Beantwortung der Frage.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Ich werde ihren Hinweis aufnehmen und dafür Sorge tragen, dass für den Rest der Bauarbeiten die Platte so geschützt wird, dass sie nicht beschädigt wird.

6.22 Schriftliche Anfrage (F0105/05) des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die „EU-Richtlinie 1999/30 EG zur Reinhaltung der Luft“ verlangt für dieses Jahr, dass in einer Kommune nur 35-mal eine Feinstaubkonzentration von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter erreicht werden darf. Danach müssen Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubkonzentration ergriffen werden.

In Magdeburg wurde dieser Grenzwerte nach Aussage des Leiters des Dezernates Luftüberwachung beim Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt bis Mitte Februar dreimal erreicht. In der Zwischenzeit dürfte diese Anzahl sich weiter erhöht haben und der Sommer steht ja erst noch bevor. Folglich sollte die Stadt vorplanen.

Wir fragen deshalb an:

1. Gibt es neben dem Damaschkeplatz weitere vielbefahrene Standorte in der Stadt, an denen das Landesamt für Umweltschutz beabsichtigt Feinstaubmessungen vorzunehmen? Wenn ja, um welche Standorte handelt es sich, seit wann erfolgen die Messungen und mit welchen Ergebnissen?
2. Ist dem Anfang des Jahres von der Stadt vorgelegten Entwurf eines Aktionsplanes mit Maßnahmen zur Senkung der Feinstaubbelastung seitens des Umweltministeriums zugestimmt worden? Wenn ja, wann und wo wird der Stadtrat über einzelne Maßnahmen dieses Aktionsplans detailliert informiert?

3. Welche Rolle wird in diesem Zusammenhang dem verstärkten Einsatz von Erdgas, etwa bei Bussen des öffentlichen Nahverkehrs oder bei Taxen beigemessen?
4. Wird in Zeiten hoher Feinstaubbelastungen auch über ein mögliches, wenngleich eingeschränktes bzw. nur zeitweises, Fahrverbot von Dieselfahrzeugen (PKW und LKW) ohne Rußpartikelfilter in der Innenstadt nachgedacht?
5. Wie bereitet sich die Stadt schon jetzt auf die ab dem 1. Januar 2010 geltenden Grenzwertvorschriften der europäischen Luftqualitätsrichtlinie für Stickstoffoxide vor? Sieht der jetzt vorgelegte Aktionsplan auch dafür schon geeignete Maßnahmen vor und wenn ja, wie sehen diese konkret aus?

Um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Wir werden ganz detailliert natürlich auf diese sehr differenziert gestellten Fragen eingehen. Ich will nur einige wenige Anmerkungen machen, einfach, weil Sie auch um eine mündliche Antwort gebeten hatten. Wir haben einfach mal verglichen, hätte der Grenzwert bereits vor einem Jahr, also 2004 gegolten, wie oft wäre er überschritten worden, um einfach mal übers Jahr bezogen auch eine Einschätzung zu bekommen. Da hätten wir 17 Überschreitungen gehabt. Es soll jetzt kein Trost sein, ist aber deutlich unter den 35. Wenn Sie sich beispielsweise mal das Ranking des Umweltbundesamtes ansehen, da liegen wir als Landeshauptstadt Magdeburg deutlich im hinteren Feld. Ich will auch noch einmal sagen, zuständig für die Erarbeitung des Aktionsplans ist das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Wir sind eingebunden in diese Erarbeitung des Aktionsplans. Ich glaube, ich hatte auch auf die Anfrage der SPD-Fraktion seinerzeit schon ausgeführt, dass wir entsprechende Zuarbeiten leisten. Ich habe das Antwortschreiben, das wir an das MLU gerichtet haben, auch allen Fraktionen zugänglich gemacht. Das stammt meines Erachtens von Ende Januar/Anfang Februar dieses Jahres. Dort haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Ein zentraler Punkt ist die Einrichtung einer Wechselwegweisung an der Abfahrt Damaschkeplatz für diese Fahrzeuge oder den Gesamtverkehr, um gegebenenfalls den Bereich Damaschkeplatz vom Verkehr, der vom Ring kommt, zu entlasten und über den Uniplatz zu führen. Das wäre eine wirksame Maßnahme. Wir sagen aber auch, und das MLU hat das akzeptiert, dass wir eigentlich davon ausgehen, dass man die Situation der Landeshauptstadt real erst dann betrachten kann, wenn wieder normale Verkehrsverhältnisse bestehen, also wenn der Uniplatz wieder voll funktionstüchtig ist und wir versprechen uns daraus auch eine Entzerrung und damit eine Reduzierung, zumindest, was die Verkehrsimmission anlangt. Ich bin gern bereit und das habe ich in dem Schreiben auch angekündigt, sie in die weitere Abarbeitung und Überlegung einzubeziehen. Da bin ich auch im Wort. Ich will eines noch zum Abschluss sagen, was man vielleicht bei der ganzen Diskussion etwas unterschätzt. Wenn Sie sich mal die Untersuchungen, auch das haben wir den Fraktionen zugeleitet, des Landesamtes anschauen zum Thema Gartenabfallverbrennung, dann wird deutlich, dass die Landeshauptstadt, dass der Oberbürgermeister, schon jede Menge getan hat, dies für die Landeshauptstadt zu untersagen. Denn das hat in einzelnen Fällen nicht unerheblich auch zu einer entsprechenden Belastung, wie jetzt nachgewiesen, beigetragen. Also in dem Sinne, sind wir aktiv, wir tun was. Und dort, wo wir zuständig sind, werden wir Sie auch unmittelbar einbeziehen.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.23 Schriftliche Anfrage (F00112/05) des Stadtrates Dr. Schmidt, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Seit 01.01.2005 gilt der neue Grenzwert für Feinstaub in der Luftreinerhaltungsrichtlinie der EU.

Ich frage deshalb:

1. Was haben Sie bisher veranlasst, Überschreitungen dieses Grenzwertes in der Stadt Magdeburg zu verhindern?
2. Sind dabei alle Quellen ermittelt worden und auch berücksichtigt, weil kleinräumige Verkehrsverbote etc. sicher nicht zum Ziel führen werden?
3. Wann werden Sie dem Stadtrat einen Maßnahmenplan vorlegen, der den Anforderungen der EU-Richtlinie gerecht wird?

Um eine kurze mündliche und schriftliche Stellungnahme wird gebeten.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.24 Schriftliche Anfrage (F0100/05) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Für unsere an Geschichte reichen aber an gegenständlichen historischen Zeugnissen armen Stadt ist die Zollbrücke mit ihren 1882 vom Bildhauer Emil Hundrieser geschaffenen allegorischen Figuren ein bedeutendes Baudenkmal. Die Wiederherstellung dieser allegorischen Figuren für die Zollbrücke wurde am 6. November 2003 (Drucksache 0810/03) vom Stadtrat beschlossen mit dem Ziel, daß die Fertigstellung zum Stadtjubiläum 2005 erfolgt sein sollte. Im Zuge der nochmaligen technischen Überprüfung durch das Tiefbauamt wurde festgestellt, daß „das Aufstellen der Figuren auf den vorhandenen Postamenten ohne Sanierung der tragenden Unterbauten nicht möglich ist“, wie es in der Drucksache 0502/04 vom 30. Juni 2004 heißt. Weiter wird dort formuliert: „Die Brückenplastiken können nach Durchführung der Sanierungs- und Erneuerungsarbeiten im Jahr 2005/06 auf den standsicher wieder aufgebauten, rekonstruierten Postamenten aufgestellt werden. Damit werden die allegorischen Figuren nicht wie geplant zu 1 200-Jahrfeier aufgestellt, sondern erst nach erfolgter Sanierung der Brücke.“ In der Februardebatte des Stadtrates wurde vom Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport, Dr. R. Koch, zum Antrag 0009/05 festgestellt, daß das den beauftragten Künstlern für die Herstellung der allegorischen Figuren auf der Zollbrücke durch den Auftraggeber, d. h. die LHS Magdeburg, zur Verfügung zu stellende Material nicht geliefert werden könne und nach einem anderen Kalksteinabbaugebiet in Frankreich gesucht werde.

1. worden?

Ich frage die Verwaltung und bitte um eine schriftliche Stellungnahme:

2. Wer recherchiert(e) wie mögliche Kalksteinabbruchgebiete in Frankreich?
3. Welche Kosten entstehen für den Abbruch und den Transport des Kalksteins aus Frankreich?
4. Sind diese Kosten Bestandteil der in der Drucksache 0810/03 dargestellten Kosten für die Sanierung der allegorischen Figuren?
5. Welche alternativen Abbruchgebiete werden außerhalb von Frankreich noch in Betracht gezogen?
6. Welche alternativen Materialien zur Herstellung der allegorischen Figuren werden in Erwägung gezogen, wenn ein Kalksteinabbau nicht möglich sein sollte?
7. Entstehen aus der Verschiebung der Zeitschiene durch die verspätete Materiallieferung an die Künstler vertragliche - und möglicherweise finanzielle - Konsequenzen für den Auftraggeber?
8. Welche finanziellen Mittel sind seit 2002 (Stadtratsbeschluß vom 30. April 2002 zur Wiederherstellung der allegorischen Figuren für die Zollbrücke, Drucksache 0318/02) bis zum 31. März 2005 wofür und an wen für die Wiederherstellung der allegorischen Figuren für die Zollbrücke aufgewendet und gezahlt Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen dem Kulturamt und der unteren Denkmalschutzbehörde, die lt. Denkmalschutzgesetz des LSA vom 21. Oktober 1991 in der zuletzt gültigen Fassung § 8, Absatz 1 in Verbindung mit § 2, Absatz 2, Punkt 1 die Zuständigkeit hat für Baudenkmale, „die aus baulichen Anlagen oder Teilen baulicher Anlagen bestehen“?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.25 Schriftliche Anfrage (F0111/05) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Fast jeder kann in seinem Leben in die Situation kommen, als Erster bei einem Notfall anwesend zu sein, ob im häuslichen Bereich, in Schule oder Beruf, im Freizeitbereich oder im Straßenverkehr. Die meisten Unfälle ereignen sich in Schule und Beruf, gefolgt von denen im Haushalt und während Freizeitbeschäftigungen. Erst dann folgt mit unter 10 % die Unfallhäufigkeit im Straßenverkehr, wenn diese auch bei weitem die gefährlichsten sind.

Im professionellen Bereich des Rettungsdienstes wird über entsprechend ausgebildete Fachkräfte wie beispielsweise Rettungssanitäter und Rettungsärzte bei Unfällen Hilfe geleistet. Aber gewöhnlich muß diese Hilfe erst angefordert werden. Vorher ist der Ersthelfer als ausgebildeter Laie als Erster am Ort des Geschehens und soll Maßnahmen ergreifen, um akute Gefahren für Leben und Gesundheit abzuwenden. Ohne sofortige Erste-Hilfe-Leistung durch den Ersthelfer sinken die Überlebenschancen dramatisch: Bereits bei drei bis 4 Minuten ohne Atmung bzw. Kreislauf unter 50 % nach sechs bis sieben Minuten besteht kaum noch eine Rettungschance.

Darum ist der präventive Ansatz, eine ausreichende Anzahl von Ersthelfern nicht nur in Betrieben vorzuhalten und für deren regelmäßige Fortbildung zu sorgen, besonders wichtig. Nur so kann eine flächendeckende und fachgerechte Versorgung mit qualifizierten Ersthelfern sichergestellt werden.

Ich frage die Verwaltung und bitte um eine schriftliche Stellungnahme:

1. Wer bildet Ersthelfer aus?
2. Wie hoch ist die Anzahl der qualifizierten Ersthelfer und wie hat sich deren Anzahl in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
3. Mit welchem Ergebnis kontrolliert die Verwaltung in Betrieben mit über 20 Beschäftigten die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften, nach denen dort ein Ersthelfer anwesend sein muß?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

6.26 Schriftliche Anfrage (F0116/05) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Stadtführungen erfreuen sich großer Beliebtheit und gerade im Jubiläumsjahr ist mit größerem Interesse auswärtiger Besucher zu rechnen.

Ich frage die Verwaltung und bitte um eine schriftliche Beantwortung:

1. In welchen (Alt-) Stadtbezirken Magdeburgs gibt es nach Kenntnis der Stadtverwaltung haupt - beziehungsweise ehrenamtliche Stadt- beziehungsweise Dorfführungen?
2. In welcher Form wird auf diese bisher hingewiesen und wie werden sie angenommen?
3. In welcher Form ließe sich auf diese Führungen als zusätzliches Angebot im Jubiläumsjahr hinweisen?

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Mündliche Anfrage des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion:

Wiedereröffnung Ratskeller Rathaus

Wann erfolgt die Wiedereröffnung des Ratskellers?

Welche Auswirkungen sind zu erwarten bei nicht vertragsgemäßer Wiedereröffnung?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Ich hatte gedacht, Sie haben wirklich richtig recherchiert und haben eine zuverlässige Quelle, aber Sie haben die richtige offensichtlich nicht gefunden. Es gibt bei mir keine Informationen

für eine Verschiebung der Wiedereröffnung um ein Jahr. Ich sage es vorsichtig, aber ich habe den Termin vom Hochbauamt noch nicht schriftlich vorliegen. Ich habe ihn abgefordert, aber er liegt mir noch nicht vor. Eine klare Position des Hochbauamtsleiters zum Fertigstellungstermin des Rathauses steht demnach noch aus, aber es könnte der 1. 9. 2005 sein. Dann wird auch der Ratskeller in Betrieb genommen.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat

7.1. Ausbau des Internet-Portals Region Magdeburg - Gemeinsame Nutzung elektronischer Dienste für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung durch die Region Magdeburg DS0153/05

BE: Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper bringt die Drucksache DS053/05 ein und informiert bezüglich des Punktes 3 des Beschlussvorschlages über den derzeitigen Sachstand.

Nach derzeitiger Sachlage zeichnet sich lediglich eine Antragsstellung der Landeshauptstadt Magdeburg gemeinsam mit dem Börde- und Ohrekreis ab.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich dafür aus, sich auch ohne Beteiligung einiger Landkreise an der Projektarbeit zum Ausbau des Internet-Portals Region Magdeburg zu beteiligen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bittet den Oberbürgermeister Dr. Trümper, den Punkt 3 des Beschlussvorschlages zurückzuziehen.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Löhr, SPD-Fraktion.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper zieht den Punkt 3 des Beschlussvorschlages zurück.

Der Stadtrat **beschließt** gemäß modifizierten Beschlussvorschlages einstimmig:

Beschluss-Nr. 399-11(IV)05

1. Im Interesse der Stärkung der Region „Magdeburg“ erklärt die Landeshauptstadt Magdeburg ihre grundsätzliche Bereitschaft, mit hierzu bereiten Körperschaften der Region an der Einrichtung und der Unterhaltung des Internet-Portals „Region Magdeburg“ mitzuwirken und hierzu
 - a) sich an der Projektarbeit zur Erstellung eines gemeinsamen EU-Fördermittelantrages im Rahmen des Programms „Innovative Maßnahmen der EFRE“ und dessen Umsetzung zu beteiligen,

- b) verbindliche Vereinbarungen in geeigneten Formen interkommunaler Zusammenarbeit zu treffen,
 - c) in dem notwendigen Umfang vorhandenes Fachpersonal und technische Einrichtungen arbeitsteilig zur Verfügung zu stellen,
 - d) den angestrebten Kooperationsprozess in sonstiger Weise zu unterstützen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einzelheiten in Zusammenarbeit mit der KID GmbH zu klären, anderen lokalen Partnern des Internetportals www.magdeburg.de wie der MMKT GmbH die Mitwirkung in dem Kooperationsprozess anzubieten und dem Stadtrat hierüber zu berichten.

7.2. Übertragung einer Kindertageseinrichtung in freie Trägerschaft DS0863/04
 "Die Brücke Magdeburg" e. V.
 BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Ausschüsse VW, BSS, Juhi und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 400-11(IV)05

I. Dem Verein „Die Brücke Magdeburg“ e. V.

Bruno- Taut- Ring 178
 39 130 Magdeburg

wird zum 01. 05. 2005 folgende Einrichtung übertragen:

Außenstelle der integrativen Kindertageseinrichtung „Fliederhof“,
 Hort „Am Fliederhof“
 H.-Grade-Straße 83

Der Oberbürgermeister wird beauftragt einen entsprechenden Vertrag abzuschließen.

II.

Die Landeshauptstadt Magdeburg überlässt dem freien Träger die bedarfsgerechten Räumlichkeiten mietfrei in Leihe. Die durch die Nutzung entstehenden Betriebs- und Nebenkosten werden in Form einer Weiterberechnung durch das Sport- und Schulverwaltungsamt abgerechnet.

III.

1. Die Übertragung beinhaltet die Personalüberleitung nach § 613 a BGB für die Mitarbeiter/-innen der Landeshauptstadt Magdeburg entsprechend dem im § 21 KiFöG LSA festgelegten Betreuungsschlüssel für Horte im Verhältnis zu den betreuten Kindern am Tag der Übergabe.
2. Die in der Anlage 2 aufgelisteten Stellen erhalten den kw-Vermerk zum 01.05.2005.
3. Eine Übertragung der in Beschlusspunkt I genannten Einrichtung ohne das laut KiFöG notwendige Betreuungspersonal erfolgt nur, wenn im Personalbestand der Landeshauptstadt Magdeburg kein Überhang entsteht.

IV.

Die Landeshauptstadt Magdeburg tritt nach Beendigung des Vertrags mit dem Träger „Die Brücke Magdeburg“ e. V. bzw. Auflösung des Vereins in die bestehenden Dienst- und Anstellungsverhältnisse des in der Einrichtung beschäftigten, in der Zusatzversorgungskasse Sachsen-Anhalt pflichtversicherten Personals ein. Tritt der Fall der Personalrücknahme ein, gelten die tariflichen Bestimmungen der betroffenen Beschäftigtengruppe, die zum Stichtag, zu dem die Personalrücknahme erfolgt, von der Stadt anzuwenden sind.

V.

Sollte die Übertragung der Einrichtungen zum 01.05.2005 wegen Personalüberhangs scheitern, erfolgt die Übertragung zum 01.08.2005 unabhängig von Personalüberhang.

7.3.	Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit in der Landeshauptstadt Magdeburg	DS0009/05
BE. Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit		

Die Ausschüsse BSS, GeSo und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Änderungsantrag DS0009/05/1 ein und nimmt zur Drucksache DS0009/05 Stellung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen zur Thematik Stellung.

Stadtrat Dr. Hildebrand spricht in diesem Zusammenhang seinen Dank an den Schaustellerverein für die Aktion auf der Magdeburger Frühjahrsmesse zum Tag der Behinderten aus. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0009/05 und zum Änderungsantrag DS0009/05/1 der SPD-Fraktion.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern nimmt kritisch zu einzelnen Objekten in der Anlage zur Drucksache DS0009/05 Stellung. Er signalisiert abschließend im Namen seiner Fraktion Zustimmung zur Drucksache DS0009/05.

Stadtrat Müller, PDS-Fraktion, hinterfragt das Fehlen des Objektes „Feuerwache“ in der Dringlichkeitsliste.

Vertreter der PDS-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen in einigen Objekten bewußte Verstöße gegen geltende Landes- und Bundesgesetze.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper nimmt zu den kritischen Anmerkungen Stellung und weiß den Vorwurf, gegen Landes- und Bundesgesetze verstoßen zu haben, zurück. Einzelbeispiele, wie z.B. die Elbeschwimmhalle müssen geprüft und Defizite nachgebessert werden. Er bittet um Zustimmung zur Drucksache DS0009/05.

Der Behindertenbeauftragte Herr Pischner erhält das Rederecht und begründet die Zielstellung der vorliegenden Drucksache DS0009/05. Er relativiert die durch einzelne Stadträte geäußerten Kritikpunkte und empfiehlt, den Blick in die Zukunft zu richten. Er unterstreicht eine frühzeitige Einbeziehung schon bei den Planungsprozessen.

Herr Pischner bittet abschließend um Zustimmung zur Drucksache DS0009/05.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal stellt kritisch fest, dass es keinen Ausschuss gibt, der sich mit der Umsetzung der Bauausführung befasst. Er hält den 1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion für nicht umsetzbar.

Nach weiterer umfassender Diskussion, in deren Verlauf nochmals der Behindertenbeauftragte Herr Pischner zu aufgeworfenen Fragen Stellung nahm, empfiehlt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky, den 1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zurückzustellen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß 1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

5. Als Sofortmaßnahme werden wieder Behindertenparkplätze vor dem Gebäude der Volkshochschule in der Leiterstraße ausgewiesen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des 1. Änderungsantrages der SPD-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 401-11(IV)05

1. Der Stadtrat beschließt die Tabellen 1 und 2 der in der Anlage beigefügten Dringlichkeitsliste zur Verbesserung der Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in Magdeburg als grundsätzliche konzeptionelle Orientierung für Planungen der Landeshauptstadt, insbesondere im Bau- und Verkehrsbereich, der Schulentwicklung sowie der Entwicklung der kulturellen und touristischen Infrastruktur.
Die Tabellen 3 und 4 nimmt der Stadtrat zur Kenntnis.
2. Die Dringlichkeitsliste bezieht sich auf einen mittelfristigen Zeithorizont von ca. 5 bis maximal 10 Jahren.

3. Die Dringlichkeitsliste ist alle zwei Jahre zu aktualisieren und den Erfordernissen entsprechend fortzuschreiben.
4. Im Haushalt 2006 und folgende werden die Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit gesondert ausgewiesen.
5. Als Sofortmaßnahme werden wieder Behindertenparkplätze vor dem Gebäude der Volkshochschule in der Leiterstraße ausgewiesen.

7.4. Straßenname DS0875/04

BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 402-11(IV)05

Der Stadtrat beschließt die Benennung der Erschließungsstraße im Plangebiet Nr. 267-3 „Leuschnerstraße“ als

Dr.-Weißler-Weg

7.5. 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt DS0025/05
Magdeburg (Brenneckestraße - ZENIT)
Behandlung der Anregungen und Hinweise

BE. Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse RWB, UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionaler Zusammenarbeit Herr Dr. Puchta beantwortet die Nachfrage des Vorsitzenden der CDU-Fraktion Stadtrat Stern zur Auslastung des Zentrums Zenit.

Gemäß Beschlusspunkt 1.2 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 403-11(IV)05

Der Anregung wird nicht gefolgt.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 404-11(IV)05

I. Die während der Auslegung des Entwurfes zur 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg vorgebrachten Anregungen und Hinweise von Bürgern, der nach § 60 BNatSchG anerkannten Vereine, der städtischen Gesellschaften und der Träger öffentlicher Belange hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 5 und 6, § 1a und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

1. Zu den in der Anlage 1 angeführten vorgebrachten Anregungen und Hinweisen wird die Abwägung gebilligt. Einzelbeschlüsse sind nicht erforderlich.
2. Zu den in der Anlage 2 angeführten vorgebrachten Anregungen und Hinweisen wird die Abwägung gebilligt. Es ergehen folgende Einzelbeschlüsse gemäß Anlage 2:

NABU, Kreisverband Magdeburg, vom 09.10.03:

Anregung: Das Zentrum für neurowissenschaftliche Innovation und Technologie (ZENIT) sollte die im Rahmen der Beziehung des Klinikneubaus freigewordenen Räume und Gebäude nutzen.

Abwägung: Schon alleine die dezentrale Verteilung der verlagerten Kliniken verhindert eine Nutzung durch ZENIT. Kerngedanke der Erweiterung ZENIT II ist, in unmittelbarer Nähe des bestehenden Bauwerkes ZENIT I Büro- und Arbeitsflächen anzubieten, deren Nutzer dann die hochmodernen Labore im Nebengebäude belegen können. Eine unmittelbare Nähe von ZENIT I und II ist somit unabdingbar.

Beschluss Nr. 1: Der Anregung wird nicht gefolgt.

II. Der Oberbürgermeister wird gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beauftragt, die Bürger, Verbände und Gesellschaften sowie die Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

7.6.	7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg (Brenneckestraße - ZENIT) Feststellungsbeschluss	DS0026/05
<hr/> BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr <hr/>		

Die Ausschüsse RWB, UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 405-11(IV)05

- I. Der Stadtrat beschließt die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes und billigt den zugehörigen Erläuterungsbericht.
- II. Der Oberbürgermeister wird gemäß § 6 Abs. 1 BauGB beauftragt, für die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes die Genehmigung zu beantragen. Die Erteilung der Genehmigung ist ortsüblich bekannt zu machen. Die 7. Änderung zum Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg wird mit der ortsüblichen Bekanntmachung gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 BauGB wirksam.

7.7.	Verlängerung der Befristung der Stellplatzablösesatzung	DS0027/05
<hr/> BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr <hr/>		

Die Ausschüsse StBV, FG und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0027/05/1.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bringt die Drucksache DS0027/05 ein.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0027/05 und bittet um Zustimmung.

Auf Nachfrage des 1. stellv. Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bezüglich der fehlenden Zahlen im Änderungsantrag DS0027/05/1 merkt der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn an, dass die Verwaltung beauftragt wurde, diese zur heutigen Stadtratssitzung vorzulegen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal legt seinen Standpunkt zur Drucksache DS0027/05 dar und empfiehlt, die Stellplatzablösesatzung vorübergehend außer Kraft zu setzen.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, geht kritisch auf die Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und empfiehlt, die Höhe der Beiträge auch im Vergleich zu anderen Städten noch einmal zu hinterfragen.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning unterstützt den Änderungsantrag DS0027/05/1 des Ausschusses RWB und nimmt ebenfalls kritisch zu den hohen Ablösebeiträgen in der Stadt Magdeburg Stellung. Er empfiehlt, eine zeitlich begrenzte Wirksamkeit der Satzung.

Im Rahmen der weiteren Diskussion unterstützt der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann die Ausführungen des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion..

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, spricht sich gegen den Änderungsantrag DS0027/05/1 aus und folgt der Argumentation des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern signalisiert Zustimmung zur Drucksache DS0027/05.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper geht abschließend auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein und stellt dabei ausdrücklich dar, dass diese Satzung keine Investition in der Stadt Magdeburg verhindert.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0027/05/1 des Ausschusses RWB –

Die Drucksache DS0027/05 in sofern zu ändern, dass die Summen der Ablösebeiträge minimiert werden. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 4 Neinstimmen und 4 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 406-11(IV)05

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg beschließt die Verlängerung der Befristung der Ersten Änderungssatzung zur Zweiten Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Stellplatzablösesatzung) um ein Jahr bis zum 30. April 2006.

Verlängerung der Befristung der Ersten Änderungssatzung zur Zweiten Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Stellplatzablösesatzung)

Auf der Grundlage des § 53 Abs. 2 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 09. 02. 2001 (GVBl. LSA Seite 50), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Zweiten Gesetzes zur

Erleichterung von Investitionen im Land Sachsen-Anhalt (Zweites Investitionserleichterungsgesetz) vom 16. 07. 2003 (GVBl. LSA Seite 158) in Verbindung mit §§ 6 Abs. 1 und 44 Abs. 3 Ziffer 1 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 05. 10. 1993 (GVBl. LSA Seite 568), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Zweiten Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen im Land Sachsen-Anhalt (Zweites Investitionserleichterungsgesetz) vom 16. 07. 2003 (GVBl. LSA Seite 158) hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg in seiner Sitzung vom 07.04.2005 folgende Änderungssatzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand der Satzung

Die Landeshauptstadt Magdeburg erhebt für die nach der Garagen- und Stellplatzsatzung notwendigen Einstellplätze baulicher Anlagen Ablösebeträge in Höhe des Geldbetrages, der nach dieser Satzung festgelegt ist.

Die Zahlungsverpflichtung entsteht aufgrund eines Stellplatzablösevertrages oder eines Heranziehungsbescheides. Die Festlegung der Höhe des Geldbetrages je Stellplatz gilt im gesamten Stadtgebiet nach den Maßgaben des § 2.

§ 2

Höhe des Ablösebetrages

(1) Der Ablösebetrag für jeden nicht geschaffenen notwendigen Stellplatz beträgt:

- | | |
|---|---------------|
| a) für das Stadtzentrum begrenzt durch Walther-Rathenau-Straße, Elbe, Steubenallee, Sternstraße, Bahnanlagen gemäß beiliegendem Plan (Anlage 1) | 10.000,- Euro |
| b) Kernbereiche außerhalb des Stadtzentrums gemäß Anlagen 2.1 bis 2.9 | 7.000,- Euro |
| c) übriges Stadtgebiet | 3.000,- Euro. |

(2) Bei der Ermittlung des sich aus Abs. 1 ergebenden Geldbetrages bleiben die ersten acht Stellplätze außer Betracht.

§ 3

Abgabeschuldner

Schuldner des Ablösebetrages ist der Bauherr. Neben dem Bauherr haftet der Eigentümer, der Erbbauberechtigte oder sonstige dinglich Berechtigte für den Ablösebetrag. Mehrere Abgabenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4

Entstehung und Fälligkeit

Der Ablösebetrag entsteht mit der Zustimmung oder Festsetzung der Bauaufsichtsbehörde zur Ablösung. Der Ablösebetrag wird fällig nach den Maßgaben des Stellplatzablösevertrages oder des Heranziehungsbescheides.

§ 5 Sicherheitsleistung

Lässt die Landeshauptstadt Magdeburg die Zahlung eines Ablösebetrages im Sinne des § 53 Abs. 2 BauO LSA zu, so kann sie die Erteilung der Baugenehmigung von einer Sicherheitsleistung abhängig machen. Die Sicherheitsleistung ist durch Hinterlegung einer Bankbürgschaft zugunsten der Landeshauptstadt Magdeburg in Höhe des Gesamtablösebetrages zu erbringen.

§ 6 Abweichungen

Die Landeshauptstadt Magdeburg kann unter den Voraussetzungen des § 75 Abs. 1 BauO LSA Abweichungen von den Vorschriften dieser Satzung zulassen.

§ 7 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01. 05. 2005 in Kraft und am 30.04.2006 außer Kraft.

7.8.	Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 781-3 "An den Gärten"	DS0028/05
BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr		

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 407-11(IV)05

1. Für das Gebiet, das umgrenzt wird:

im Norden

durch die Nordgrenze der Kleingartenanlage und ihrer Verlängerung nach Westen bis zur Westgrenze des Flurstückes 25 der Flur 2,

im Osten

durch die östliche Grenze der Straße „An den Gärten“ – Rote Mühle (Flur 2, FST 139/27),

im Süden

durch die Nordgrenze der Straße „An den Gärten“ (Flur 2, FST 139/27),

im Westen

durch die Westgrenze des Flurstücks 25,

soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

2. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine private Kleingartenanlage, in der ein hoher Umnutzungsdruck in Richtung Wohngebiet besteht, und einen westlich angrenzenden Ackerstreifen, der für zweckmäßige Erschließung und Abrundung des Gebietes erforderlich ist.
Im Flächennutzungsplan wird der Geltungsbereich des Bebauungsplanes als Wohnbaufläche dargestellt. Entsprechend dieser Darstellung soll mit dem Bebauungsplan nunmehr Baurecht für eine Einfamilien- und Doppelhausbebauung geschaffen werden.
3. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB hat nach ortsüblicher Bekanntmachung (gem. § 2 Abs. 1, Satz 2 BauGB) durch 14-tägige Offenlegung der Planungsabsichten, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg und durch eine öffentliche Versammlung zu erfolgen.
4. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB an dem Verfahren zu beteiligen.

7.9. Kaserne Mark - Rücknahme der aufschiebenden Wirkung des DS0186/05
Punktes 2 des Beschlusses Nr. 4044-86(III)04

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky bringt die Drucksache DS0186/05 umfassend ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern lobt die Verwaltung für die geleistete Arbeit für die Kaserne Mark. Er unterstreicht im Rahmen seiner weiteren Ausführungen das Erfordernis der Stiftungsgründung im Ergebnis des Stadtratsbeschlusses und gibt die Empfehlung, das Risiko für die Stadt abzuwägen.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper merkt bezüglich der Anmerkungen des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, an, dass es ein gewisses Risiko bei der HU-Bau gibt. Er stellt klar, dass der Bau nicht vor der Stiftungsgründung begonnen wird und die Stadt das Risiko für die HU-Bau tragen wird.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterstützt die Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Trümper und gibt weitere Hintergrundinformationen zum Stand der Stiftungsgründung und zu den Aufgaben der Stiftung.

Er spricht dem Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz seinen Dank für die bisherige Unterstützung aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 408-11(IV)05

Die aufschiebende Wirkung des Punktes 2 des Beschlusses Nr. 4044-86(III)04 zur DS0326/04, wonach die HU-Bau erst nach Stiftungsgründung beauftragt werden soll, wird aufgehoben.

8. Übergabe der Ehrennadel des Ministerpräsidenten durch den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes an zwei Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg - 17.00 Uhr

Der 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge begrüßt den Präsidenten des Landesverwaltungsamtes Herrn Leimbach und Herrn Dr. Kramer.

Im Anschluss würdigt der Präsident des Landesverwaltungsamtes Herr Leimbach die geleistete ehrenamtliche Arbeit von Herrn Kramer und überreicht ihm die Ehrennadel des Ministerpräsidenten.

Herr Dr. Kramer dankt für die vorgenommene hohe Auszeichnung.

9. Einwohnerfragestunde

Der Stadtrat führt gemäß § 27 Gemeindeordnung LSA zwischen 17.30 Uhr und 18.00 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

10. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

10.1. Errichtung eines Kreisverkehrs A0185/04

Fraktion BfM/Tierschutz
WV v. 13.01.2005

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann begründet den Antrag A0185/04 als mittelfristigen Lösungsansatz und spricht sich dafür aus, den vorliegenden Änderungsantrag A0185/04/2 der PDS-Fraktion mit einzubeziehen.

Stadtrat Dr. Hildebrand, PDS-Fraktion, begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0185/04/2.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, begründet im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages A0185/04/2 der Fraktion BfM/Tierschutz und spricht sich für die Annahme des Änderungsantrages A0185/04/2 aus.

Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Czogalla informiert über das Beratungsergebnis des Ausschusses. Die Stellungnahme der Verwaltung wurde entsprechend gewürdigt, eine Lösung wird aber zur Zeit nur in einer Überprüfung der Schaltung der Lichtsignalanlage gesehen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky legt noch einmal den Standpunkt der Verwaltung zur Thematik dar und ist grundsätzlich für alle Lösung an dieser Stelle offen. Er plädiert konkret für eine Überprüfung der Schaltung der Lichtsignalanlagen, sieht aber eine Lösung im Sinne des angestrebten Kreisverkehrs vor 2012 für nicht realisierbar.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt fest, dass der Prüfauftrag mit der vorliegenden Stellungnahme S0021/05 erledigt ist. Er empfiehlt dem Einbringer, den Antrag A0185/04 zurückzuziehen.

Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, empfiehlt eine Lösung mit Augenmaß und vertritt im Namen ihrer Fraktion den Standpunkt, dass die Errichtung eines Kreisverkehrs kurzfristig nicht möglich ist. Sie lehnt den Antrag A0185/04 ab und empfiehlt die Annahme des Änderungsantrages A0185/05/2.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern sieht den Antrag A0185/04 als Zielfunktion und verweist in diesem Zusammenhang auf einen Antrag seiner Fraktion zur generellen Umgestaltung von Ampelkreuzungen in Kreisverkehre.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Antrag A0040/05 mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 410-11(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Satzung zu erarbeiten, die

- das Vergraben von toten Heimtieren (Hunde, Katzen, Vögel usw.) im Einzelfall und
- gewerbliche Tierfriedhöfe und Verbrennungsanlagen

auf dem Territorium der Stadt Magdeburg zulässt und regelt.

10.3. Suche nach einer "Bastelhalle"

A0044/05

Fraktion future! - die jugendpartei

Stadtrat Altmann, Fraktion future! – die Jugendpartei, bringt den Antrag A0044/05 ein.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, verweist auch mit Blick auf die Vergangenheit auf die mit einer Beschlussfassung verbundenen Schaffung eines Präzedenzfalls.

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0044/05 in den Ausschuss FG – ein.

Der GO-Antrag der Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, wird mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und Enthaltungen **abgelehnt**.

Das Abstimmungsergebnis zum Antrag A0044/05 (17 Ja-, 16 Neinstimmen angenommen) wird von Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, angezweifelt und die Abstimmung wird wiederholt.

Gemäß Antrag A0044/05 der Fraktion future! – die jugendpartei **beschließt** der Stadtrat mit 22 Ja-, 16 Neinstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 411-11(IV)05

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, welches kommunale Gebäude / Halle der Fan-Vereinigung "Blue Generation" kostengünstig zur Nutzung überlassen werden kann.

10.4. Schaffung weiterer legaler Graffitiflächen

A0045/05

Fraktion future! - die jugendpartei

Stadtrat Altmann, Fraktion future! – die jugendpartei, bringt den Antrag A0045/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0045/05 in die Ausschüsse StBV und Juhi - ein.

Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion sprechen sich gegen den GO-Antrag und Vertreter der PDS-, FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den GO-Antrag aus, wobei Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den GO-Antrag um den Ausschuss KRB ergänzt.

Der erweiterte GO-Antrag des Stadtrates Altmann, Fraktion future! – die jugendpartei, - der Antrag A0045/05 wird in die Ausschüsse StBV, Juhi und KRB überwiesen – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen **abgelehnt**.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, unterstützt den Antrag A0045/05.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, begründet umfassend seine Ablehnung zum Antrag A0045/05.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich in der Auseinandersetzung mit den Argumenten beider Lager dafür aus, eine Kompromisslösung zu finden.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz geht zusammenfassend auf die Sach- und Rechtslage ein und verweist dabei u.a. auf das bestehende Antigraffiti-Konzept in der Landeshauptstadt Magdeburg.

Stadtrat Heynemann, CDU-Fraktion, spricht sich grundsätzlich gegen eine Legalisierung von Graffiti aus.

Der Oberbürgermeister Dr. Trümper verweist auf die umfassende Diskussion im kommunalpräventiven Beirat und stellt fest, dass es sich bei 90% der Vorkommnisse um Strafbestände handelt.

Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, spricht sich eindeutig gegen den Antrag A0045/05 aus, stellt aber fest, dass es auch positive Beispiele gibt.

Nach umfangreicher Diskussion bringt Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, den GO-Antrag –

Abbruch der Debatte –

ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 2 Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 412-11(IV)05

Der Antrag A0045/05 der Fraktion future! – die jugendpartei –

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, folgende Flächen in das Graffiti-Programm des Jugendamtes aufzunehmen:
 - Mauer des Erich-Rademacher-Freibades in Olvenstedt
 - Steinmauer entlang der Straßenbahntrasse am Europaring
 - Tunnel Askanischer Platz
2. Diese Flächen werden im Internetportal „graffiti-legal.com“ als legale Graffitiflächen ausgewiesen und kurzfristig im Rahmen mehrerer Projekte mit Graffiti-Kunst von jugendlichen Sprayern gestaltet. Die Gestaltungen sollen sich dabei thematisch an der jeweiligen Fläche orientieren, so z.B. die Darstellung einer Straßenbahn entlang des Europaringes. –

wird **abgelehnt**.

10.5. Weiterverwendung der "Ersatzspielstätte"

A0046/05

Fraktion BfM/Tierschutz

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0046/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0046/05 in die Ausschüsse FG, K und RWB – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal spricht sich für den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Dr. Kutschmann, Fraktion BfM/Tierschutz, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0046/05 wird in die Ausschüsse K, RWB und FG überwiesen.

WV: SR-Sitzung: 11.07.2005

- 10.6. Preis der LHS Magdeburg für akademische Arbeiten zur Stadtgeschichte A0047/05
 FDP - Fraktion
-

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bringt den Antrag A0047/05 und den GO-Antrag -Überweisung des Antrages A0047/05 in die Ausschüsse K und FG ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Vertreter der Fraktion future – die jugendpartei! und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich für den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Franke, FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0047/05 wird in die Ausschüsse K und FG überwiesen.

WV: Stadtratssitzung 09.06.2005

- 10.7. Aktion zur Selbsthilfe für Arbeitssuchende über 50 A0048/05
 SPD - Fraktion
-

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0048/05 ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern legt seinen Standpunkt zur Thematik dar und unterstützt die Zielstellung des Antrages A0048/05. Er bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0048/05 in die Ausschüsse RWB – ein, der durch Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion um den Ausschuss GeSo ergänzt wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0048/05 wird in die Ausschüsse RWB und GeSo überwiesen.

WV: SR-Sitzung 09.06.2005

10.8. Verringerung des Autoverkehrs im Stadtpark A0049/05
SPD - Fraktion

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0049/05 ein.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages in den Ausschuss StBV – ein, der durch den Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, um den Ausschuss UwE und durch den Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, um den Ausschuss Rwb, ergänzt wird.

Gemäß erweiterten GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0049/05 wird in die Ausschüsse StBV, UwE und RWB überwiesen.

WV: SR-Sitzung 11.07.2005

10.9. Lessingplatz A0050/05
Fraktion BfM/Tierschutz

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann bringt den Antrag A0050/05 ein und bittet um eine Beschlussfassung ohne Überweisung.

Der Vorsitzende der Fraktion future – die jugendpartei! spricht sich gegen den Antrag A0050/05 aus.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0050/05 in die AG „Straßennamen“ – ein.

Auf GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0050/05 wird in die AG „Straßennamen“ überwiesen.

WV: SR-Sitzung 09.06.2005

10.10. Parkplätze Schönebecker Str.

A0051/05

Jana Bork, PDS - Fraktion

Stadträtin Bork, PDS-Fraktion, gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (In der 2. Zeile sind die Wörter „von 30 Minuten oder“ zu streichen. Der Satz nach der Begründung: Der Antrag ist in den Ausschuss StBV zu überweisen ist ebenfalls zu streichen)

Gemäß Antrag A0051/05 der Stadträtin Bork, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 413-11(IV)05

Die Parktaschen auf der Schönebecker Str. in der Nähe des Thiemplatzes sind mit einer Parkzeitbeschränkung 1 Stunde innerhalb der Geschäftszeit von Montag – Freitag 8 – 18 Uhr und Samstags von 8 – 14 Uhr zu versehen.

10.11. Stadtteilbezogene Änderungen in Umsetzung des
"Stadtumbauprogramms"

A0054/05

Bernd Krause, Gerald Grünert
PDS - Fraktion

Es liegt ein Änderungsantrag A0054/05/1 der FDP-Fraktion vor.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, begründet den Antrag A0054/05 und bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0054/05 in den Ausschuss StBV – ein. Er stimmt dem vorliegenden Änderungsantrag A0054/05 der FDP-Fraktion zu.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag und für die Ablehnung des Antrages A0054/05 aus.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0054/05/1 und spricht sich für eine Überweisung in den Ausschuss StBV aus.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich für den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0054/05 und der Änderungsantrag A0054/05/1 werden in den Ausschuss STBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung: 09.06.2005

10.12. Innerstädtische Entwicklung stärken

A0055/05

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Antrag A0055/05 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Grünert, PDS-Fraktion, hält es mit Hinweis auf den vorherigen Antrag A0054/05 für sinnvoll, den Antrag A0055/05 im Ausschuss StBV zu beraten. Er merkt an, dass die PDS-Fraktion dem Antrag A0055/05 grundsätzlich zustimmen wird.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0055/05 in den Ausschuss StBV – ein, der durch Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, um den Ausschuss RWB ergänzt wird.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, spricht sich für den GO-Antrag aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß erweiterten GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0055/05 wird in die Ausschüsse StBV und RWB überwiesen.

SR-Sitzung 09.06.2005

10.13. Tierheim-Neubau

A0056/05

Interfraktionell

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Franke bringt den interfraktionellen Antrag A0056/05 ein und verweist in diesem Zusammenhang auf die unter TOP 11.7 anhängige Information I0087/05.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr bringt den Änderungsantrag A0056/05/1 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern empfiehlt, die Problematik Tierheim kurzfristig zu beraten. Er trägt den Änderungsantrag A0056/05/1 der SPD-Fraktion mit.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning spricht sich gegen den Änderungsantrag A0056/05/1 aus und plädiert dafür, einen beschließenden Ausschuss zu bilden. Er begründet nochmals die Antragstellung A0056/05 vor dem Hintergrund der Genese des Tierheim-Neubaus. Stadtrat Brüning bittet abschließend um Unterstützung des interfraktionellen Antrages A0056/05.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz schlägt vor, sich grundsätzlich zum weiteren Verfahren im Ausschuss VW am 22.04.05 zu verständigen. Er empfiehlt aufgrund der Rechtslage, einen beratenden Ausschuss zu bilden und sieht bei der Bildung eines beschließenden Ausschusses das Erfordernis einer Qualifizierung des Antragstextes.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal unterstreicht das Wollen aller Fraktionen zur Bildung dieses Ausschusses. Aufgrund der Ausführungen des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz spricht er sich letztendlich dafür aus, einen beratenden Ausschuss zu bilden.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM/Tierschutz Stadtrat Dr. Kutschmann hält es für entscheidend, in der Sache selbst voranzukommen

Nach weiterer umfassender Diskussion bringt Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Gemäß Änderungsantrag A0056/05/1 der SPD-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mit 24 Ja-, 18 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Das Wort „beschließenden“ in Zeile 4 des Beschlusstextes wird gestrichen und durch das Wort „beratenden“ ersetzt.

Das Wort „beschließende“ in Zeile 5 des Beschlusstextes wird gestrichen.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0056/05 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrag A0056/05 der SPD-Fraktion mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 414-11(IV)05

Der Stadtrat möge beschließen:

Gemäß § 45 Absatz 1 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt vom 5. Oktober 1993 in der zuletzt gültigen Fassung und § 6 Absatz 4 der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg vom 18. September 2001, zuletzt geändert am 18. März 2005, bildet der Stadtrat mit sofortiger Wirkung einen zeitweiligen, beratenden Ausschuss zum Tierheim-Neubau.

Der Ausschuss ist zuständig für die Vorberatung, Betreuung und Durchführung der Angelegenheit Neubau Tierheim, die nachstehende Verwaltungsbereiche betrifft:

- die Fachbereiche 02 und 03
- die Ämter 53 und 65

und Zuständigkeiten der nachstehend genannten Ausschüsse tangiert:

- den Vergabeausschuss,
- den Ausschuss Finanzen und Grundstücksverkehr,
- den Ausschuss Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und
- den Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Der Ausschuss beendet seine Tätigkeit mit der Nutzungsübergabe und Schlussrechnung zum Bau des Tierheims.

Die im Rahmen der Diskussion eingebrachte redaktionelle Änderung im Antrag A0056/05 (nach dem 2. Anstrich im Beschlussvorschlag soll es heißen: und die Zuständigkeit der nachstehend genannten Ausschüsse im Zusammenhang mit dem Tierheimneubau stehen) des Stadtrates Grünert, PDS-Fraktion hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0056/05/1 der SPD-Fraktion **erübrigt**.

10.14.	Anbindung des Wasserstraßenkreuzes an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Landeshauptstadt Magdeburg	A0057/05
	FDP - Fraktion	

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0057/05 ein und merkt an, dass seine Fraktion den vorliegenden Änderungsantrag A0057/05/1 mit tragen kann.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet den vorliegenden Änderungsantrag A0057/05/1.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Kaleschky nimmt zum Antrag A0057/05 Stellung. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die schon jetzt bestehenden

ÖPNV-Anbindungen und stellt im Ergebnis fest, dass die Anbindung des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg an den Öffentlichen Personennahverkehr unwirtschaftlich ist, kein Bedarf für eine klassische Linienanbindung besteht und spricht sich folglich gegen den Antrag A0057/05 aus.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning unterstützt die Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Kaleschky.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich dafür aus, nach Lösungen zu suchen. Er unterstützt den Antrag A0057/05 der FDP-Fraktion.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, gibt die Empfehlung, den Antrag A0057/05 heute nicht zu beschließen, sondern die Anregungen im Aufsichtsrat der MVB GmbH zu beraten, um eventuell Kombiangebote Schiff/Bus mit der Weißen Flotte zu organisieren.

Der Vorsitzende der Fraktion future – die jugendpartei! Stadtrat Stage spricht sich gegen den Antrag A0057/05 aus.

Nach weiterer Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0057/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und zahlreichen Enthaltungen:

Der 1. Satz des Antrages bleibt unverändert bestehen.
Der 2. Satz des Antrages wird wie folgt ersetzt:

Im Falle eines positiven Ergebnisses und damit einer Anbindung der Strecke an den ÖPNV ist neben einer Umsetzung durch die MVB auch der Betrieb der Strecke durch private Verkehrsanbieter zu untersuchen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages A0057/05/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 16 Ja-, 14 Neinstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 415-11(IV)05

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Anbindung des Wasserstraßenkreuzes Magdeburg an den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) der Stadt Magdeburg zu prüfen.
Im Falle eines positiven Ergebnisses und damit einer Anbindung der Strecke an den ÖPNV ist neben einer Umsetzung durch die MVB auch der Betrieb der Strecke durch private Verkehrsanbieter zu untersuchen.

10.15. B-Plan Cracauer Straße weiterentwickeln A0058/05
CDU - Fraktion

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0058/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0058/05 in die Ausschüsse StBV und UwE – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0058/05 wird in die Ausschüsse StBV und UwE überwiesen.

WV: SR-Sitzung 09.06.2005

10.16. Sanierung der Straße Lindenplan A0059/05
CDU - Fraktion

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0059/05 in die Ausschüsse StBV und UwE.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schindehütte, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0059/05 wird in die Ausschüsse StBV und UwE überwiesen.

WV: SR-Sitzung 09.06.2005

- 10.17. Förderung von Einzelhändlern A0060/05
CDU - Fraktion
-

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern bringt den Antrag A0060/05 und den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0060/05 in die Ausschüsse RWB und StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Stern, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0060/05 wird in die Ausschüsse RWB und StBV überwiesen.

WV: SR-Sitzung 09.06.2005

- 10.18. Vorziehen der Variantenuntersuchung zur Struktur der Freiwilligen Feuerwehr in Olvenstedt/ Diesdorf A0061/05
-

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, bringt den Antrag A0061/05 ein.

Gemäß Antrag A0061/05 der Stadträte Bromberg, SPD-, Ruden, CDU- und Krause, PDS-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 416-11(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Termin für die Variantenuntersuchung mit Kostenvergleich für die zukünftige Strukturierung der FFW im Bereich Olvenstedt und Diesdorf vom 30.06.2005 auf den 31.05.2005 vorzuverlegen.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, bringt den Antrag A0062/05 ein und bittet um Zustimmung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch weist darauf hin, dass zu klären ist, welche inhaltlichen Aufgaben die AG auch hinsichtlich der Zuständigkeiten der Tarifpartner hat. Er merkt diesbezüglich an, dass die Verantwortlichkeit dem Generalintendanten vertraglich zugesichert wurde. Herr Dr. Koch stellt abschließend fest, dass bisher keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen wurden.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal widerspricht den Ausführungen des Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Herrn Dr. Koch und gibt zur Kenntnis, dass bereits betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen wurden, diesen aber vom Personalrat nicht zugestimmt wurden. Stadtrat Westphal legt umfassend seinen Standpunkt zur Thematik dar.

Er empfiehlt abschließend eine Befassung mit dieser Problematik im Ausschuss K und hält den Weg über eine AG für nicht zielorientiert.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, geht nochmals auf die Zielstellung des Antrag A0062/05 und auf die Ausführungen des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ein.

Er informiert über einen Besuch gemeinsam mit Stadtrat Ansorge im Theater in Weimar und über das dort praktizierte Modell. Er kündigt einen diesbezüglichen Bericht für den Stadtrat an.

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion Stadtrat Brüning weist darauf hin, dass der angestrebte Lösungsweg sich vorrangig auf die Beseitigung des Defizits in Höhe von 513.000 € bezieht. Die AG muss dabei die Umsetzung von Stadtratsbeschlüssen kontrollieren.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt den Antrag A0062/05 und spricht sich für eine Intensivierung des Prozesses aus, egal ob im Ausschuss K oder in einer AG.

Abschließend nimmt der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch zu den in der Diskussion gemachten Ausführungen Stellung. Er weist die Unterstellung eines liederlichen Umganges der Verwaltung mit dem Stadtrat in der Sache des Stadtrates Brüning, PDS-Fraktion, entschieden zurück. Er empfiehlt die Problematik im Zusammenhang von Prüfbericht und Stellungnahme der Theaterleitung zu diskutieren.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0062/05 der PDS-Fraktion mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 417-11(IV)05

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die vom Stadtrat mit Beschluss-Nr.271-7(IV)04 vom 6.12.2004 initiierte Arbeitsgruppe zur Begleitung der Prozesse zur strukturellen Entwicklung bei Erhalt des künstlerischen Niveaus am Theater Magdeburg unverzüglich einzuberufen.

11. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 11.1 – 11.10 werden zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Ansorge
1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates

Luther
Protokollantin

Abwesend.

Vorsitzende/r

Balzer, Falko

Mitglieder des Gremiums

Bischoff, Norbert

Heinemann, Klaus

Ruden, Gerhard

Zimmer, Gerd Dr.

Anwesend:

Mitglieder des Gremiums

Ansorge, Jens

Hildebrand, Jürgen Dr.

Altmann, Martin

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Brüning, Hans-Werner

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Franke, Holger

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Kilian, Thomas

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Sven

Meinecke, Walter

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reichel, Gerhard Dr.

Reppin, Bernd

Rink, Johannes

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang
Schmidt, Kurt Dr.
Schoenberner, Hilmar
Schuster, Frank
Schwenke, Wigbert
Seifert, Eberhard
Stage, Michael
Stern, Reinhard
Trümper, Lutz Dr.
Veil, Thomas
Wähnelt, Wolfgang
Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zentgraf, Hans-Jürgen
Geschäftsführung
Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke